PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 14. Mai 1910. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Bibliothek der Königsberger Handelshochschulkurse.

Ronsdorf.

Im Regierungbezirk Düsseldorf liegt das stille Städtchen Ronsdorf, das etwa 15 000 Einwohner beherbergt. Ein friedliches Städtchen, in dem, wie überall im bergischen Lande, Seidenbänder fabriziert und Kleineisenfabrikate hergestellt werden. Aber hinter diesem Alltagsgesicht verbirgt sich eine gewisse, aus der Tradition überkommene Absonderlichkeit. Die Stadt ist nicht wie andere entstanden. Und wenn sie auch erst verhältnismäßig jungen Alters ist, so hat sich in ihren Mauern doch manche interessante und romantische Begebenheit abgespielt. Einst stand an der jetzigen Stelle städtischer Betriebsamkeit ein einzelnes Gehöft, auf dem die Ellerschen Eheleute friedsam ihre Felder bestellten. Ihr Sohn Elias Eller ging im benachbarten Elberfeld, wie tausend andere es auch taten, seinem Berufe nach, bis eine Bäckerstochter ihm über den Weg lief, die in hysterischen Anfällen Gott zu sprechen und von ihm zur Zionsmutter erhoben zu sein glaubte. Von der Liebe und der so überzeugend wirkenden hysterischen Beredsamkeit seiner Geliebten entflammt, zog Elias Eller mit Anna von Buchel auf das väterliche Gehöft, um das allmählich gläubige Jünger der Zionitengemeinde sich scharten. So entstand die Gemeinde Ronsdorf und wuchs allmählich sich zum Städtchen aus. Biblisch und fromm denkt man seitdem immer noch im Flecken, der protestantischem Sektiererglauben seine Entstehung verdankt.

Später war der Name Ronsdorf wieder einmal im Munde der Leute, als dort auf dem Stiftungfeste des „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins“ Ferdinand Lassalle jene Rede wiederholte, die er bereits in Barmen, Elberfeld und Düsseldorf unter dem brausenden Jubel der rheinischen Arbeiterbevölkerung gehalten hatte, die aber als „Ronsdorfer Rede“ als politischer Schwanengesang Lassalles unsterblich geworden ist. Seitdem kannten nur noch die den Namen Ronsdorf, die einige Kenntnis von der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie besitzen.

Die meisten Zeitungleser außerhalb der rheinischen Provinzen werden wahrscheinlich zum erstenmal von jenem Städtchen Kunde erhalten haben, als sie in diesen Tagen durch die Nachricht von dem Zusammenbruch der Ronsdorfer Bank überrascht wurden. Ueberrascht ist eigentlich nicht das richtige Wort, denn Ueberraschung hat einen gewissen sensationellen Beigeschmack, und wenn eine Bank von $1^1/_4$ Millionen Kapitalsmacht ihre Pforten schließt, so entbehrt das in einer Zeit, wo schon die Schulbuben mit Millionen zu jonglieren gewohnt sind, durchaus jeden sensationellen Gepräges. Aber schließlich ist in gewisser Hinsicht die Presse ja allmächtig. Sie kann Flöhe zur Elefantengröße aufblasen und macht von dieser Fähigkeit einen recht ausgiebigen Gebrauch. Sie hat es tatsächlich fertiggebracht, in diesen Tagen, da der King starb und der Expräsident sämtliche Länder durcheilte, auch noch Raum für prinzipielle Artikel über den Zusammenbruch des Bänkchens in Ronsdorf zu schaffen.

Der Vorgang selbst ist einfach erzählt: Die im Jahre 1875 als eingetragene Genossenschaft gegründete und bald darauf mit ein paarmal hunderttausend Mark Kapital in eine Aktien-

gesellschaft umgewandelte Lokalbank hat in schneller Folge ihr Kapital auf $1\frac{1}{4}$ Millionen ℳ erhöht, die sie in früheren Jahren mit 8%, zuletzt mit 7 und 6% verzinste. Drei Lokalgrößen saßen in der Direktion, ebensoviel Ortsbewohner bildeten den Aufsichtrat, und das Geschäft schien gut zu gehen. An Debitoren und in Form von Wechselkrediten hatte das Unternehmen 4 Millionen ℳ ausgeliehen, und zu diesem Zweck war das Aktienkapital durch 2 Millionen Spargelder aus der Bevölkerung und $1\frac{1}{2}$ Millionen Kreditoren von irgendwoher ergänzt worden. Der Hauptschuldner der Bank war ein Bauunternehmer in Barmen, der eines schönen Tages $\frac{3}{4}$ Millionen Schulden bei der Bank hatte, die er nicht bezahlen konnte, und neben ihm hatten einige Leute noch Summen bis zu 300 000 und 400 000 ℳ geborgt erhalten. Als die Direktoren nicht mehr ein und aus wußten, wandten sie sich an die Dresdner Bank und die Reichsbank, die den Status prüften, ihn aber hoffnunglos fanden. Kurze Zeit darauf empfing der Ronsdorfer Amtsrichter die Herren vom Vorstand in feierlicher Audienz, und als die Herren von der Gerichtsstätte schieden, war die Bank fallit erklärt. Sehr traurig für die Leute, deren Spargelder nunmehr bedroht sind, noch trauriger für die Aktionäre, deren Geld völlig verloren scheint, aber sonst wird von diesem „Bankkrach" das deutsche Wirtschaftleben nicht weiter tangiert werden.

Nun aber erheben sich wieder warnende Stimmen, die auf die Gefahr der Kleinbanken hinweisen. Die Kritiker haben insoweit recht, als sie betonen, daß diese Banken sehr oft Geschäfte zu machen pflegen, die die Großbanken nicht machen wollen und für sie übrig lassen. Leider tun sie das oft. Und die Geschehnisse bei der Ronsdorfer Bank illustrieren solche Sünden besonders deutlich. Denn sicherlich hätten die Schuldner der Bank wo anders so hohe Kredite nirgend bekommen. Aber die Sünde der kleinen Bankverwaltungen besteht nicht darin, daß sie Geschäfte machen, die ihnen die modernen Rieseninstitute und deren Provinzalliierte übrig lassen, sondern gerade darin, daß sie glauben, dieselbe Art von Geschäften machen zu müssen wie die Großen. Auf diesem Wege kommen sie allerdings mit einer gewissen Notwendigkeit auf die abschüssige Bahn. Denn mit den Konditionen können sie die großen Banken nicht unterbieten. Sie können ihnen vielmehr Kunden nur dadurch abspenstig machen, daß sie ihnen mehr Kredit einräumen, als vernünftige Erwägung zulassen würde. Auf diese Weise bekommen sie allerdings Kundschaft, aber was für welche. Es ist durchaus nicht richtig, wie man anzunehmen scheint, daß zu ihnen nur Leute kommen, die wo anders überhaupt nicht als kreditwürdig beurteilt würden. Es können sogar Kunden sein, deren Bonität zunächst im Moment, wo sie in die Bücher der Bank kommen, gar nicht zu bezweifeln ist. Aber es werden spekulative, waghalsige Naturen sein, die sich auf die Kreditbereitwilligkeit der kleinen Bank verlassen, und die schließlich darauf pochen, daß sie die Bank in ihrem Sturze mit sich reißen werden, wenn sie nicht bereit ist, weitere finanzielle Hilfe zu gewähren; so kommt dann eine hunderttausend Mark zu den anderen. Geht die Spekulation gut ab, so kann ein solcher Kunde die Bank wesentlich alimentieren und sie vielleicht mit sich groß machen. Wer weiß, wieviel gut abgelaufene Geschäfte von Provinzbanken, die heute im sicheren Fusionshafen gelandet sind, einst auch eine ständige Gefahr für die Existenz der Kreditgeberin gebildet haben? Denn läuft die Sache anders aus, als man es sich dachte, tritt ein unerwartetes Ereignis (vielleicht war's diesmal die Bauarbeiteraussperrung) dazwischen, so stürzt eben der Bau zusammen und begräbt Kreditgeber und Kreditnehmer unter seinen Trümmern. Für den Kreditnehmer ist bei derartigen Geschäften die Gefahr mindestens ebenso groß wie für den Kreditgeber. Und wenn die Direktoren dieser kleinen Provinzbanken etwas mehr Selbsterkenntnis und etwas bessere wirtschaftliche Schulung besäßen, so würden sie in vielen Fällen ihren Kunden schon deshalb nichts borgen, weil diese bereit sind, sich mit ihnen einzulassen. Der Bankkredit hat ja immer seine Gefahren. Aber ein altes Sprichwort sagt, daß man vom armen Mann nichts borgen soll. Bei einiger Intelligenz muß sich ja doch jeder Geschäftsmann eigentlich sagen, daß er in ständiger Gefahr lebt, wenn er einen schwachen Geldgeber zu sehr engagiert. Denn es kann doch nur eine Frage der Zeit sein, wann das Geld von ihm zurückverlangt wird oder gar zurückverlangt werden muß. Eine große und kapitalkräftige Bank hat die Möglichkeit, durch Kulanz in schwierigen Zeiten den Kunden über Wasser zu halten. Die Kleinbank kann das nicht, selbst wenn sie es will. Und sie kann es besonders dann nicht mehr, wenn sie durch ihre übergroße Kreditgewährung den Kunden schließlich so faul gemacht hat, daß sich schließlich keine Großbank zum Einspringen und Sanieren findet.

Allen diesen Schwierigkeiten würden die kleinen Provinzbanken aus dem Wege gehen, wenn sie wirklich das täten, was die Kritiker in den letzten Tagen wieder als ihr Verhängnis bezeichnet haben. Wenn sie nämlich in der Tat die Geschäfte machten, die die großen Banken ihnen übrig lassen. Hier bleiben den Kleinbanken noch segensvolle Aufgaben zu erfüllen. Warum pflegen sie nicht das eigentliche Lokalgeschäft. Ihre Aufgabe wäre es, jenen Leuten im Städtchen und in dessen Umgebung Gelder zu leihen, denen mit kleinen Betriebskrediten und noch kleineren Anlagekrediten geholfen ist.

In einem rührigen Flecken von 15 000 Einwohnern mit einem betriebsamen Hinterland, wie es fast jede rheinische Stadt aufzuweisen hat, sind aus dem kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand sicher ein paar tausend Kunden zu gewinnen, die bei sorgfältiger Ueberwachung gute und wenig riskierte Verdienstmöglichkeiten geben. Diesen Leuten kommt es meist gar nicht darauf an, ob sie für das geliehene Geld 1 % mehr Zinsen zahlen. Sie tragen sowieso ziemlich hohe Zinslast, dazu meist noch die Verbindlichkeit soundso vieler anderer Personen und müssen außerdem noch die Mitgliedschaft bei irgendeiner Genossenschaft übernehmen. Wenn dann wirklich der eine oder der andere Kunde in Vermögensverfall gerät, so ist das bei den kleinen Summen, die in jedem einzelnen Kredit investiert sind, kein besonderes Unglück, und die Bank erwirbt sich ein wahrhaftes Verdienst um die wirtschaftliche Entwicklung der Bürgerschaft. Aber das behagt in der Regel den Herren Geschäftsleitern, die sich als wirkliche Bankdirektoren fühlen, nicht. Es scheint ihnen erniedrigend, mit Gevatter Schneider und Handschuhmacher in Geschäftsverbindung zu stehen, und es scheint ihnen zu mühselig, täglich mit kleinen Summen zu rechnen und in viele Töpfe gucken zu müssen. Da ist doch solch Mann, der ein paar hunderttausend Mark auf einmal verlangt, ein ganz anderer Kerl, der bringt große Provisionen. Nur übersieht man dabei, daß die Provisionen sich zwar in den Büchern sehr stolz ausnehmen, andererseits aber nur eine papierne Existenz bilden und in Wirklichkeit niemals gezahlt werden. Die Großmannssucht und Faulheit solcher Bankdirektoren ist allein schuld an solchen Lokalkatastrophen, wie sich jetzt eine wieder in Ronsdorf abgespielt hat.

Natürlich werden solche Lokalkatastrophen dadurch verschärft, daß nicht bloß manche Kapitalisten am Ort die Aktien „ihrer" Bank erworben haben, sondern daß viele kleine Leute dem Bänkchen jener Wichtigtuer, die im Ort das große Wort geführt haben, ihr Geld anvertrauen. Aber ist es denn an und für sich verwerflich, daß solche Banken Einlagen — mag man sie nun Depositen oder Spargelder nennen — annehmen? Man sollte wirklich, wenn man die Zeitungkritiken liest, meinen, das sei schon an und für sich ein Verbrechen. In Wirklichkeit ist es das gar nicht. Müssen denn wirklich alle Depositen sich in Berlin konzentrieren? Ist es nicht im Gegenteil eigentlich ein viel gesünderer Zustand, wenn nur die Ueberschüsse von dem nach Berlin fließen, was an Ort und Stelle sich nicht ausgleichen läßt? Tatsächlich ist es vernünftiger, daß in Ronsdorf diejenigen, die Geld gebrauchen, es durch Vermittelung der Lokalbank von denjenigen Einwohnern von Ronsdorf erhalten, die es übrig haben. Diese Ausgleichungtätigkeit ist ja gerade die Aufgabe einer lokalen Bank.

Wenn man die Dinge so betrachtet, so kann man auch nicht in den Tadel der Berliner Zeitungen darüber einstimmen, daß viele Lokalbanken, so wie es die Ronsdorfer Bank getan hat, verhältnismäßig hohe Zinsvergütung für die Einlagen gewähren. Das ist kein betrügerisches Lockmittel, um die Ersparnisse im Ort an sich zu ziehen, sondern es ist innerlich durchaus berechtigt. Die Bank kann eben höhere Zinsen nehmen und kann deshalb auch höhere Zinsen gewähren, als das ein größeres in Berlin zentralisiertes Institut tun kann. Selbst wenn eine solche Bank für täglich kündbare Gelder 4 bis 4½ % Zinsen geben würde, so könnte sie einschließlich der Provisionen bei ziemlich sicherer und klug verteilter Ausleihung einen Zwischengewinn von zirka 2 % erzielen. Und dieser Zwischengewinn würde, selbst wenn die Einlagen nur der Höhe des Aktienkapitals gleichkämen, die Verteilung einer Dividende von etwa 8 % auf die Aktien ermöglichen. Das ist ein durchaus solides und einwandfreies Geschäft und erklärt sich gerade aus dem lokalen Charakter dieser Banken.

Aber dazu gehören allerdings einwandfreie und ernste Persönlichkeiten an die Spitze solcher Lokalinstitute. Um bei solchen Banken Bankdirektor zu spielen, braucht man kein Uebermaß weder an Klugheit noch an Geschäfttüchtigkeit sein Eigen zu nennen. Man braucht nur den Ort und seine Insassen zu kennen. Welcher Berliner Bankdirektor hat es denn auch nur annähernd so bequem wie solch lokaler Bankleiter, der in zwei Abendstunden am Stammtisch mehr über seine Kundschaft erfährt wie ein Berliner Großbankleiter bei jahrelangem Nachforschen. Aber es ist um die kleinen Banken in der Provinz genau so bestellt wie um unser Bankwesen im allgemeinen. Unsere Bankorganisation ist allen Zweiflern zum Trotz die beste, die sich nur denken läßt. Seitdem durch die neuen Bücher von Jaffé und Weber das lange geglaubte Märchen von der unbedingten Ueberlegenheit und Solidität des englischen Bankwesens zerstört ist, können wir getrost behaupten, daß das deutsche Bankwesen mit jedem anderen der Welt den Vergleich durchaus auszuhalten imstande ist. Nicht in der mangelhaften Organisation, sondern in den Persönlichkeiten sind die Verlegenheiten begründet, die hier und da eintreten. Ob in Ronsdorf oder in Marienburg, ob in Bonn oder in Paderborn, überall machen wir die gleiche Erfahrung, daß an der Spitze der zusammengebrochenen Banken leichtfertige oder verbrecherische Naturen gestanden haben. Man erfinde aber einmal eine Organisation, die gegen solche Elemente schützt.

Neugründungen und Kapitalserhöhungen.

Von **Richard Calwer**-Berlin.

IV.

April 1910.

Die schwankende Tendenz der gewerblichen Unternehmungluft, die Monat für Monat das Bild der Neuinvestierungen gegenüber dem Vorjahr verändert, setzte sich auch im Berichtsmonat fort. Nachdem das Plus des Februar im März durch ein Minus abgelöst wurde, ging im April die Summe wieder über die vorjährige hinaus. Die Summe des neu investierten Kapitals betrug nämlich für Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. in Mark:

	1907	1908	1909	1910
Jan. .	135 488 900	93 634 300	98 599 586	75 726 000
Febr. .	112 169 700	72 603 000	76 493 550	89 810 700
März .	149 699 700	83 772 000	122 664 200	118 130 100
April .	121 876 100	93 399 605	94 980 900	115 404 345
Mai .	113 402 100	100 226 200	109 236 600	—
Juni .	102 097 700	72 566 000	87 360 000	—
Juli .	134 609 469	108 432 300	131 718 900	—
August	73 273 100	69 156 067	65 391 000	—
Sept. .	54 235 240	69 967 350	51 739 200	—
Okt. .	95 857 600	103 534 200	61 688 800	—
Nov. .	103 275 900	78 095 800	114 992 750	—
Dez. . .	90 730 300	78 771 100	119 127 800	—
Jan.-Dz	1 285 915 809	1 024 157 922	1 133 993 286	—

Die Zahl der Neugründungen und Kapitalserhöhungen, soweit diese im April in den Handelsregistern eingetragen und bekannt geworden sind, sowie die deklarierten Kapitalbeträge stellen sich, nach Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. getrennt, in den einzelnen Gruppen sowie insgesamt, wie folgt:

	Neugründungen				Kapitalserhöhungen			
	Zahl der Gesellschaften	Kapitalsumme in 1000 ℳ			Zahl der Gesellschaften	Kapitalsumme in 1000 ℳ		
		April 1910	Vormonat	Vorjahr		April 1910	Vormonat	Vorjahr
I. Aktiengesellschaften.								
Landwirtschaft	—	—	60	—	—	—	—	—
Bergbau, Hütten und Salinen	—	—	—	3 500	5	11 000	1 843	1 928
Steine und Erden	1	100	1 200	260	1	1 100	300	—
Metalle und Maschinen	3	1 700	2 300	1 000	3	3 489	7 125	1 600
Elektrotechnische Erzeugnisse	1	1 200	—	—	—	—	6 000	—
Elektrizität- und Gasgesellschaften	1	80	2 520	—	3	1 850	11 015	1 500
Fette, Oele usw.	—	—	—	—	1	1 000	—	—
Chemische Industrie	—	—	—	1 600	2	550	—	750
Textilgewerbe	3	4 100	—	2 416	2	948	1 500	—
Papiergewerbe	—	—	—	—	1	400	—	—
Ledergewerbe	—	—	—	—	2	5 000	—	—
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	2	2 000	—	385	—	—	—	900
Nahrung- und Genußmittelgewerbe	—	—	170	2 150	3	3 800	1 505	900
Bekleidung- und Reinigunggewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—
Beherbergung- und Erquickunggewerbe	—	—	—	1 750	—	—	—	—
Graphische Gewerbe	2	380	—	—	—	—	1 000	—
Baugewerbe	2	1 200	5 150	400	1	100	2 000	—
Banken	—	—	400	—	3	22 645	21 300	22 460
Handel außer Banken	2	1 400	1 500	1 750	2	521	—	—
Syndikate, Verkaufsvereinigungen usw.	—	—	—	—	—	—	—	—
Verkehr	1	3 000	3 485		2	4 750	1 000	1 282
Sonstige Gesellschaften	—	—	2 000	2 000	—	—	274	246
	18	15 160	18 785	15 461	31	57 153	54 862	31 566
II. Gesellschaften mit beschränkter Haftung.								
Landwirtschaft	6	238	483	598	2	53	20	70
Bergbau, Hütten und Salinen	4	80	2 332	7 650	—	—	—	—
Steine und Erden	20	2 462	1 896	4 237	8	160	564	274
Metalle nnd Maschinen	33	5 120	4 395	8 056	9	440	660	160
Elektrotechnische Erzeugnisse	14	746	930	581	1	15	1 565	—
Elektrizität- und Gasgesellschaften	3	613	1 095	1 020	3	13	30	395
Fette, Oele usw.	3	560	40	20	1	50	2 000	10
Chemische Industrie	14	850	700	1 116	4	231	130	248
Textilgewerbe	4	1 285	379	500	1	50	—	50
Papiergewerbe	6	346	1 265	1 687	—	—	—	—
Ledergewerbe	4	200	1 136	55	—	—	256	310
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	15	915	470	293	2		80	41
Nahrung- und Genußmittelgewerbe	17	904	2 969	2 208	6	5 137	170	6
Bekleidung- und Reinigunggewerbe	2	172	110	576	—	—	—	—
Beherbergung- und Erquickunggewerbe	13	461	497	535	3	370	30	—
Graphische Gewerbe	19	1 023	1 839	1 830	1	20	562	26
Baugewerbe	85	4 369	4 464	4 517	8	1 051	266	206
Banken	4	890	480	70	2	50	—	—
Handel außer Banken	91	5 980	6 255	6 583	19	1 672	825	168
Syndikate, Verkaufsvereinigungen usw.	11	2 318	100	—	—		—	—
Verkehr	8	338	300	1 395	—	—	1 067	6
Sonstige Gesellschaften	54	3 399	3 687	2 281	10	511	436	205
	420	33 269	35 822	45 720	80			2 175

Die Gesamtsumme des neu investierten Kapitals stellte sich für Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Vergleich zum Vormonat und Vorjahr insgesamt und für die einzelnen Gruppen getrennt, wie folgt:

	Neu investiertes Kapital im April 1910 in 1000 ℳ	Vormonat in 1000 ℳ	Vorjahr in 1000 ℳ
Landwirtschaft	291	563	668
Bergbau, Hütten u. Salin.	11 080	4 175	13 078
Steine und Erden . . .	3 822	3 960	4 771
Metalle und Maschinen .	10 749	14 480	10 816
Elektrotechn. Erzeugnisse	1 961	8 495	581
Elektrizität- u. Gasgef. .	2 556	14 660	2 915
Fette, Oele, Leuchtstoffe .	1 610	2 040	30
Chemische Industrie . .	1 631	830	3 714
Textilgewerbe	6 383	1 879	2 966
Papiergewerbe	746	1 265	1 687
Ledergewerbe	5 200	1 392	365
Holz- u. Schnitzstoffgew. .	2 915	550	1 589
Nahr.- u. Genußmittelg.	9 841	4 814	5 264
Bekleid.- u. Reinigunggew.	172	110	576
Beherb.-u. Erquickunggew.	831	527	935
Graphische Gewerbe . .	1 423	3 401	1 856
Baugewerbe	6 720	11 880	6 473
Banken	23 585	22 180	22 530
Handel außer Banken .	11 890	8 680	6 751
Verkehr	8 088	5 852	2 683
Sonstige Gesellschaften .	3 910	6 397	4 733
	115 404	118 130	94 981

Während die Gesamtsumme der Neugründungen bei den Aktiengesellschaften sich fast auf dem gleichen Niveau des Vorjahres bewegte, haben die Kapitalserhöhungen eine kräftige Zunahme gegenüber denen vom April 1909 aufzuweisen. In neuen Aktiengesellschaften wurden dieses Jahr 15,16, voriges Jahr 15,46 Mill. ℳ neu investiert. In der Montan- sowie in der Nahrung- und Genußmittelindustrie bleibt die Summe merklich hinter der vorjährigen zurück, im Textil-, Holz- und Verkehrsgewerbe ging sie stark über die des Vorjahres hinaus. Die für Kapitalserhöhungen von Aktiengesellschaften beanspruchte Summe stellte sich auf 57,15 Mill. ℳ, während sie im Vorjahre 31,57 Millionen betragen hatte. In der Montanindustrie wurden 11 Millionen investiert gegen 1,92 Mill. 1909, im Ledergewerbe 5 Millionen gegen 0, im Nahrung- und Genußmittelgewerbe 3,8 Millionen gegen 900 000 ℳ, im Verkehrsgewerbe 4,75 gegen 1,28 Millionen. Aktienbanken beanspruchten 22,64 Mill. ℳ gegen 22,46 vergangenes Jahr. Bei den Neugründungen von Gesellschaften m. b. H. erreichte die investierte Summe die vorjährige nicht. Es wurden nur 33,27 Millionen investiert gegen 45,78 Millionen im April 1909. Bergbau und Hütten, Steine und Erden, Metalle und Maschinen, Nahrung- und Genußmittelgewerbe weisen mehr oder minder starke Abnahmen gegenüber dem Vorjahre auf. Bei den Kapitalserhöhungen von Gesellschaften m. b. H. ist eine ansehnliche Zunahme eingetreten, das neu beanspruchte Kapital betrug 9,82 Mill. ℳ gegen 2,17 Millionen im Vorjahr.

Umwandlungen von Einzelfirmen lassen sich im April aus den Neugründungen 76 erkennen. Es wurde 1 Firma in eine Aktiengesellschaft mit 2,2 Mill. ℳ und 75 Firmen in Gesellschaften m. b. H. mit einem Kapital von zusammen 12,06 Mill. ℳ umgewandelt. Die Summe der im April registrierten Kapitalsherabsetzungen betrug bei 3 Aktiengesellschaften 1 639 000 ℳ.

Revue der Presse.

Eine Zuschrift an die Deutsche Tageszeitung (4. Mai) wendet sich gegen die geplante

Deutsche Kommunal-Bank.

Diese Stellungnahme wird damit begründet, daß erstens kein Bedürfnis vorliege, da in den Provinzen alte Kreditanstalten und Sparkassen bestünden, die teilweise sogar bar auszahlten, wie alle Grundkreditanstalten der Provinz Hannover. Zweitens schade das Unternehmen, da es die Kassen der Kreise zunächst leere, und die Aktien auf den Kursstand der schon bestehenden Kreditpapiere drückten. (Das wird nicht eintreten, da ja die Aktien im Besitz der Verbände bleiben sollen.) Drittens werde der Kredit verteuert oder das Börsenspiel gefördert. Das Unternehmen sei ein weiterer Schritt auf dem Wege, den Schwerpunkt des wirtschaftlichen und Geschäftslebens aus der engeren in die weite Heimat zu verlegen. —

Die Bankbeamten-Zeitung (1. Mai) bringt eine Zusammenstellung des im Umlauf befindlichen deutschen

Papier- und Metallgeldes

vom Prokuristen der Deutschen Bank Engelbrecht. Danach gibt es vier verschiedene Emissionen von Reichsbanknoten zu 1000 und 100 ℳ, die sich durch Papier und Stempel von einander unterscheiden. Noten zu 50 und 20 ℳ gibt es nur in je einer Ausgabe. Daneben existieren die Reichskassenscheine zu 5 und 10 ℳ, die Banknoten der Bayrischen Notenbank, der Württemb. Notenbank, der Badischen Bank und der Sächsischen Bank zu 100 ℳ, sowie vom letzteren Institut auch zu 500 ℳ. Einlösungstelle der Noten der Sächs. Bank ist die Firma S. Bleichröder in Berlin, der anderen Banken die Frankfurter Bank in Frankfurt a. M. Die Münzen in Gold, Silber, Nickel und Kupfer sind allgemein bekannt. Es gibt insgesamt zwölf verschiedene Sorten. —

Die von Richard Calwer herausgegebene Wirtschaftliche Korrespondenz (6. Mai) bringt eine Zusammenstellung über die Lage der

deutschen Porzellan-Industrie.

Die günstigen Erwartungen auf eine weitere Entwicklung des Konsums sind im 1. Quartal 1910 zum Teil enttäuscht worden. Die Warenlager des Zwischenhandels sind noch groß und der Auslandsmarkt nicht allzu günstig. Die Ausfuhr von Porzellanwaren zeigt im 1. Vierteljahr 1910 eine Zunahme gegen das Vorjahr um 19 933 dz auf 92 323 dz. Doch hat der ausländische Markt noch lange nicht wieder die Höhe des früheren Bedarfes erreicht. Das Jahr 1908 hatte einen Absatzverlust von ca. 11,64 Mill. ℳ gebracht.

Die Steigerung der Ausfuhr erstreckte sich in erster Linie auf die Massenware und den amerikanischen Verbrauch. Auch Porzellanisolatoren wurden mehr ausgeführt. Die Bewegung der Aktienkurse der Porzellanfabriken zeigt für Anfang Mai eine Abschwächung gegen Anfang Januar dieses Jahres und September des Vorjahres. —

Die gleiche Korrespondenz (4. Mai) weist die Wirkungen nach, die die

amerikanische Zollpolitik

auf die deutsche Warenherstellung ausgeübt hat. Die Vorversorgung vor dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifes fand in großem Umfange statt, später folgte dann der Rückschlag, dessen Wirkungen noch jetzt andauern. Der Anteil Deutschlands am amerikanischen Außenhandel stellte sich in der Einfuhr nach dort um $26^1/_2$% im Jahre 1909 höher als 1908. Dagegen blieb die Ausfuhr nach Deutschland um 4,1% gegen 1908 zurück. Damit ist die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland verhältnismäßig stärker zurückgegangen als nach den anderen Ländern. Auch die Zunahme der deutschen Einfuhr nach den Vereinigten Staaten hielt mit der anderer Länder nicht gleichen Schritt. —

In einem Artikel in der Deutschen Tageszeitung (7. Mai) über die Entwicklung, die das

Bankgeschäft in den Vereinigten Staaten

genommen hat, kommt Dr. Junge-New York zu dem Schluß, daß bei dem Mangel eines bundesstaatlichen Zentralinstitutes und der beschränkten Tätigkeit des Bundesschatzamtes diejenigen Finanzmänner oder Gruppen die wirklichen Leiter der Geschicke Nordamerikas seien, in deren Händen die Leitung der größten Bank-, Trust- und Versicherunggesellschaften zusammenlaufe. Die Morgan-Interessen herrschen in der National Bank of Commerce (Kapital und Surplus 40 Millionen Dollars), der First National Bank, Chase National Bank und Liberty National Bank, ferner in der New York Life (Aktiva 559,4 Millionen), neuerdings auch in der Equitable Life Insurance Co., dann in der Central Trust Co., der Mercantile, Guaranty Trust Co. Den Rockefeller-Interessen dienen die National City Bank (Kapital und Surplus 54 Millionen), die Hanover National Bank und die Second National Bank, die United States Trust Co. (15,5 Millionen), die Farmers Loan, Central Realty Bond Trust Co., die Mutual Life Insurance Co. (Aktiva 545,1 Millionen). Wie weit die Konzentration in den Vereinigten Staaten vorgeschritten ist, geht daraus hervor, daß bereits im Jahre 1906 die Trustgesellschaften 27% der Gesamtbankkraft des Landes im Werte von 3,8 Milliarden Dollars an sich gezogen hatten. An Depositen besaßen sie 2,8 Milliarden, gegen 4,7 Milliarden, die im Besitze der Nationalbanken waren. Von der Gesamt-Depositensumme des Landes befinden sich allein in den drei Städten New York, Chicago und St. Louis 1,3 Milliarden, in 35 anderen Städten 1,2 Milliarden, im ganzen übrigen Lande 2,1 Milliarden. Unter den 40 Nationalbanken der Stadt New York stehen die National City Bank, die National Bank of Commerce, die First National Bank und die Hanover National Bank mit einem gemeinsamen Depositenwert von 662 Mill. Dollars weitaus an der Spitze. —

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung (5. Mai) schreibt über den

Interessenstreit am Roheisenmarkt,

daß die Verhandlungen unter den rheinisch-westfälischen Werken über die Vorbesprechungen ernstlich überhaupt nie hinausgekommen seien. Die gemischten Werke hätten für ein neues Syndikat so hohe Quoten verlangt, daß die Verständigung mit den anderen Hochofenwerken daran scheitern mußte. Die Unterstützung der rheinisch-westfälischen Werke durch das Kohlensyndikat mit der Bonifikation gegen das Kraftwerk sei bisher nicht erfolgreich gewesen. Dadurch würden die Kohlenpreise nur weiter gedrückt. Die ostelbischen Werke hätten ihre Position dem Westen gegenüber durch Austausch ihrer Kampferfahrungen wesentlich gestärkt. Das Blatt ist der Ansicht, daß gegenwärtig neue Verhandlungen nicht angeknüpft werden können. Die höheren Rohmaterialpreise würden die nächstjährigen Selbstkosten des Roheisens um mindestens 5—6 ℳ höher halten als dieses Jahr. —

Die Kölnische Volkszeitung (7. Mai) bemerkt zur gegenwärtigen Krise in der

Krise in der Röhrenindustrie,

daß der Untergang der Röhrensyndikate im steten Anwachsen der Erzeugung und in dem unter dem Schutze des Syndikates erwachsenen immer neuen Wettbewerbe begründet sei. Viele neue Werke seien entstanden, die ohne Syndikat gewiß nie gebaut worden wären, so in Eschweiler, Hattingen, Schalke, Düsseldorf, Troisdorf, bei Ems, Rauenheim a. M. und neuerdings in Bonn und im Siegerland. In der letzten Zeit sei auch die Unzufriedenheit in den Kreisen der Abnehmer und Verbraucher, namentlich der Installateure, in scharfer Weise hervorgetreten. Das Syndikat nehme keine Rücksicht auf die besonderen Wünsche und Ansprüche. Nach der Auflösung der Syndikate werde auch die Vereinigung der Röhrenhändler zerfallen. —

Die Frankfurter Zeitung (4. Mai) zieht jetzt die Bilanz aus der nunmehr einjährigen Tätigkeit der von europäischen, amerikanischen und australischen Bleiproduzenten geschlossenen

Bleikonvention.

Die gehegten Erwartungen sind nicht in Erfüllung gegangen, zum Teil, weil eine Reihe wichtiger Produzenten, so fast sämtliche deutschen, fehlten, zum Teil, weil die Marktverhältnisse ungünstig waren. Zwar ist es gelungen, die Bedeutung des Londoner Metallmarktes für Blei abzuschwächen, doch hat trotzdem der Preis sich nicht aufwärts bewegen können. Im Gegensatz zum Zinksyndikat ist der Verkauf des Bleisyndikats einem einzigen, der Metallgesellschaft in Frankfurt a. M., übertragen worden. Daraus entwickelte sich eine Rivalität der anderen bedeutenden Frankfurter Metallfirma Beer, Sondheimer & Co., der man sogar nachgesagt hat, daß sie die außenstehenden deutschen Produzenten zu einem Gegensyndikat zusammenschließen wolle. Doch sei dies infolge des Widerstandes der Braubacher Hütte, die auch weiter selbständig verkaufen wollte, nicht gelungen. Den Amerikanern ist es allerdings bei der guten Nachfrage des eigenen Landes möglich gewesen, ihre Vorräte von etwa 60 000 t abzustoßen. Doch ist die Situation dadurch nicht viel besser geworden, so daß es fraglich erscheine, ob die Internationale Verkaufsvereinigung wieder

erneuert wird. Die Bleikonvention ist gleich dem Zinkverband ein Beispiel dafür, wie gering die Macht von Syndikaten, die kein Monopol haben, gegenüber den Wirkungen von Angebot und Nachfrage ist. —

Anläßlich des Preissturzes auf dem Rohkupfermarkte und dem plötzlichen Sinken der Rio Tinto-Kurse weist die Berliner Morgenpost (5. Mai) darauf hin, daß dieser

Kupfersturz

sehr gut spekulative Ursachen haben könne. So liege es im Interesse der amerikanischen Kupferproduzenten, das Hauptpapier der europäischen Kupferspekulation, die Rio-Tinto-Aktie auf einen möglichst tiefen Stand zu bringen, um die Gesellschaft auf diese Weise einem Anschluß an die geplante internationale Kupferkonvention geneigter zu machen. Daneben kommen aber noch andere Ursachen in Frage. So sollen die neuen afrikanischen Kupferfunde die Versorgung des Weltmarktes mit außerordentlich billigem Kupfer ermöglichen. Es ist die Rede von einem Preise von 20 bis höchstens 24 £, während auch die jetzigen niedrigen Notierungen in London noch immer 55 £ betragen. Die bisherigen Versuche einer Kartellierung der internationalen Kupferproduktion scheiterten stets an der Verschiedenheit der Wünsche der zahlreichen Minen. —

Der Kölnischen Volkszeitung (5. Mai) wird aus New York geschrieben, daß jetzt die Regierung der Vereinigten Staaten den Kampf gegen den

Terminhandel in Baumwolle

offiziell aufgenommen hat. Sie hat Anklagen gegen Makler erhoben, die nicht die Preise zu drücken, sondern sie in die Höhe zu schrauben suchten. Der Generalanwalt stützt sich auf die Sherman Bill, welche Monopole zur Beschränkung des freien Wettbewerbs verbietet. Eine Anzahl Spekulanten hätten sich vereinigt, um alle Rohbaumwolle der letzten Ernte aufzukaufen, und dadurch sei der Preis der Baumwolle so bedeutend getrieben worden, daß die Verarbeiter sie nicht mehr kaufen konnten, ihren Betrieb einschränken und mehr als 25% ihrer Arbeiter entlassen mußten. Hiergegen wenden sich vor allem auch die Baumwollpflanzer des Südens, welche erklären, nur aus den vorhandenen Verhältnissen Nutzen gezogen, aber keine künstlichen Mittel angewendet zu haben. —

Aus den Börsensälen.

Der Tod des Königs von England hat die feste Tendenz der Berliner Börse nicht zu erschüttern vermocht. Nur am Freitag der vorigen Woche, als London auf die Erkrankung des Herrschers eine schwache Tendenz, namentlich einen Rückgang des Kurses der englischen Konsols gemeldet hatte, wurde auch hier die Haltung schwächer. Am Sonnabend hielt die Spekulation sich von dem Abschluss neuer Geschäfte fern, weil sie erst den Einfluss der Todesnachricht auf den Londoner Verkehr beobachten wollte. Als sich dann zeigte, dass man an den englischen Fondsbörsen die Ruhe bewahrte, nahm die Aufwärtsbewegung ihren Fortgang. Die vorher zum Ausdruck gekommene Befürchtung, in London werde auf die Todesnachricht eine Ermattung eintreten, stützte sich nicht auf die Erwartung, dass die politischen oder wirtschaftlichen Verhältnisse Englands durch das Hinscheiden des Königs eine Aenderung erfahren würden. Vielmehr glaubte die Spekulation, dass die übertrieben hohen Engagements in Gummi- und Oelwerten auch ohne sachlich berechtigten Grund eine Ermässigung erfahren würden, weil bei so grosser Ueberspekulation schon ein geringfügiger Anstoss zu einem Rückschlag genügt. Auch die Entwicklung am Londoner Geldmarkte wollte man erst abwarten, zumal sich gleichzeitig im hiesigen Verkehr stärkerer Bedarf an Zahlungmitteln einstellte. Nachdem die Rückzahlungen der Lombardgelder an die Reichsbank beendet waren, erlangte die Börse eine bessere Auffassung über die Geldverhältnisse. Es trat die Hoffnung auf, dass die Bank von England am nächsten Donnerstag zu einer Diskontermässigung schreiten werde.

* * *

Bezeichnend für die gegenwärtige Börsenlage ist die vollständige Einflusslosigkeit der Nachrichten über die Eisenindustrie. Während früher jede Meldung vom Eisenmarkte die Gesamttendenz des Börsenverkehrs bestimmte, ist es der Spekulation jetzt fast gleichgültig, ob die Montanmärkte eine festere oder schwächere Haltung bekunden. Sie ist davon überzeugt, dass der amerikanische Rückschlag nicht von langer Dauer sein werde. Die geringe Besserung der New Yorker Börsentendenz wurde daher schon in Berlin mit einer Kurssteigerung begrüsst. Sogar die Nachricht, dass Amerika an eine Anzahl europäischer Banken grössere Beträge von Eisenbahnbonds verkauft hat, wurde, ungeachtet der Belastung, die der deutsche und französische Geldmarkt hierdurch erfährt, in günstigem Sinne gedeutet. Denn durch diese Transaktion, so argumentierte die Haussespekulation, werde der amerikanische Geldmarkt erleichtert, und dadurch sei eher mit der Möglichkeit einer Besserung in der dortigen Eisenindustrie zu rechnen. Allerdings war die Tendenz des Montanaktienmarktes keineswegs fest; namentlich Eisenwerte schwächten sich doch immer wieder etwas ab. Allein diese Abschwächung stand in keinem Verhältnis zu den industriellen Berichten. Die feste Gesamttendenz verlieh den Kursen dieser Werte eine Stütze.

* * *

Das Geheimnis der Finanztransaktion bei den Hohenlohe-Werken ist von den interessierten Bankhäusern noch immer nicht gelüftet worden. Nachdem der Aktienkurs sich mehrere Tage lang abgeschwächt hatte, erzielte er zu Beginn dieser Woche eine neue Steigerung. An der Börse wollte man wissen, dass von Interessenten für das Papier stimuliert werde. Demgegenüber kann ich nur wiederholen, was ich schon neulich an dieser Stelle ausgeführt habe: Es hat den Anschein, dass mit der Publikation der Kapitalserhöhung so lange gewartet werden soll, bis auf Grund der an den Fürsten zu Hohenlohe übergehenden jungen Aktien (die an ein Bankkonsortium zu festem Kurse zurückverkauft werden sollen) eine genügend grosse Anzahl von alten Aktien abgestossen worden ist.

* * *

Recht lebhaften Verkehr hatten die Aktien der Schiffahrtgesellschaften. Auch hierbei ignorierte die Spekulation vollständig die Nachrichten aus der amerikanischen Industrie und stimulierte mit den besseren Ziffern über den Auswandererverkehr Bremen-New York. Interessant war insbesondere, dass die Haussiers den drei massgebenden Werten (Hapag, Lloyd und Hansa) abwechselnd ihr Interesse entgegenbrachten. Für Hansa begeisterte sich die Börse am meisten, weil verlautete, dass die Gesellschaft einen neuen Vertrag mit der Suez-Kanal-Gesellschaft abschliessen werde, der ihr geringere Lasten für die Durchfahrt auferlege. Man rechnete an der Börse bereits aus, dass die Ersparnis etwa zwei des Aktienkapitals ausmache. Hierbei wurde jedoch übersehen, dass eine Herabsetzung der Gebühren für die Durchfahrt auch zu einer Ermässigung des Frachtsätze für den Verkehr nach Indien benutzt werden dürfte. Allerdings würde durch eine solche Frachtermässigung andererseits auch eine Steigerung des Verkehrs zu erwarten sein. Jedenfalls kann im laufenden Jahre das Gewinnergebnis der Hansa-Gesellschaft durch den neuen Vertrag noch nicht beeinflusst werden, da die Regelung erst vom nächsten Jahre ab erfolgen soll.

* * *

Der Kassaindustriemarkt bewahrte seine feste Haltung. Allerdings kann man von einer beträchtlichen Werterhöhung nur bei einzelnen Papieren reden. Noch deutlicher als bisher zeigte sich, dass es gar keiner sachlichen Momente bedarf, um eine Kurssteigerung herbeizuführen. So erzielten z. B. die Aktien der Waffen- und Munitionsfabriken eine beträchtliche Kursbesserung, obgleich nicht das mindeste bekannt geworden ist, was dieses Interesse plötzlich erklären könnte. Richtig ist, dass der Geschäftsgang günstig ist, aber das wusste die Börse bereits seit mehreren Monaten, und die Kurse sind auch schon früher daraufhin gestiegen. Ebenso wurde für die Anteile der Akt.-Ges. für Verkehrswesen stimuliert, obgleich die Mitteilungen in der Generalversammlung über den augenblicklichen Geschäftsgang sehr vorsichtig abgegeben wurden. Einige Beachtung brachte die Börsenspekulation den Aktien der Orenstein & Koppel-Gesellschaft entgegen. Am 18. cr. soll endlich die Aufsichtratssitzung stattfinden, in der die Dividende pro 1909 zur Festsetzung gelangt. An der Börse ist man nun augenblicklich der Ansicht, dass entgegen den früheren, auch von der Gesellschaft verbreiteten Taxen in Höhe von 13% ein Erträgnis von 15% wie i. V. zur Ausschüttung gelangen könne. Ob die Erwartungen zutreffen, muss freilich erst abgewartet werden, denn Herr Kommerzienrat Orenstein soll noch immer seinen Einfluss im Aufsichtrat geltend machen, eine etwas niedrigere Dividende zu verteilen. Dass 15% ausgeschüttet werden können, unterliegt wohl keinem Zweifel; selbst bei Abschreibungen, die, wie ich höre, als durchaus normal zu bezeichnen sind.

* * *

Bemerkenswert ist der ständige Kursrückgang der Harburg-Wiener Gummi-Aktien. Die Gesellschaft machte schon in den letzten Jahren in ihren Geschäftsberichten darauf aufmerksam, dass die Steigerung der Rohgummipreise für sie ausserordentlich nachteilig ist. Inzwischen haben diese Preise eine weitere Erhöhung erfahren, und so erwartet die Börse kein gerade günstiges Erträgnis. Allerdings endet das Geschäftsjahr erst am 30. Juni; bis dahin können immerhin noch wesentliche Aenderungen in den Preisen der Rohmaterialien eintreten. Aber die Erwartung, die die Spekulation zu Beginn dieses Jahres an den Geschäftsgang des Unternehmens geknüpft hatte, dürfte sich jedenfalls als übertrieben herausstellen. Die Gesellschaft selbst hat erklärt, dass die Preiserhöhung verschiedener Fertigfabrikate keinen Ausgleich für die hohen Rohgummi-Notierungen bilden könne, aber sie hat es doch abgelehnt, ein Urteil über den Einfluss der Mehrausgaben auf das Gesamtergebnis abzugeben. Der Absatz soll grösser sein als im vorigen Jahre.

* * *

Eine Dividendenenttäuschung bildet die Mitteilung der Akt.-Ges. Schubert & Salzer, für das am 31. März beendete Geschäftsjahr ein Erträgnis von 20% wie i. V. zu verteilen. Es ist erinnerlich, dass mehrfach im Laufe dieses Jahres der Kurs rapide in die Höhe gesetzt wurde, und es tauchten Dividendengerüchte bis zu einem Umfange von 30% auf. In der letzten Zeit signalisierte der Rückgang des Aktienkurses allerdings schon, dass die hohen Erwartungen nicht zutreffen, wenn auch eine hiesige interessierte Seite sich bemühte, den Glauben an eine höhere Dividende aufrecht zu erhalten.

Bruno Buchwald.

Umschau.

Wertpapierzauber. Im neuesten Heft der von Richard Calwer herausgegebenen Halbmonatsschrift Die Konjunktur finde ich eine interessante Bearbeitung der Geschäftsberichte von Aktiengesellschaften, über die, wie mir scheint, ein paar Worte gesagt werden müssen. Der Herausgeber macht sich nämlich die Mühe, aus den Geschäftsberichten den inneren Wert der Aktien zu berechnen und ihn in Vergleich zu stellen mit dem Börsenkurs, den diese Aktien zurzeit haben. So sagt Calwer z. B. bei der Besprechung der Bergwerksgesellschaft A.-G. Consolidation zu Gelsenkirchen: „Bei einer Liquidation auf Grund der letzten Bilanz würde bei Realisierung aller Konten auf die Aktionäre 20 117 974 ℳ entfallen, während sich nach dem Börsenkurs 62 200 000 ℳ ergeben müssten. Der Bilanzkurs stellte sich somit nur auf 125,80 gegenüber dem Börsenkurs von 388,75. Diese Berechnung führt Calwer auch bei einer Reihe anderer Gesellschaften durch, und fast überall zeigt sich, dass der Börsenkurs der Aktien erheblich über dem Liquidationskurswert des Unternehmens steht, der aus der Bilanz zu errechnen ist. Eine derartige Berechnung ist zweifellos interessant. Aber es fragt sich, ob ihr ein praktischer Zweck zukommt. Ich möchte das aus den verschiedensten Gründen bestreiten. Zunächst ist sich ja zweifellos Calwer selbst darüber klar, dass der Bilanzwert der einzelnen Konten durchaus nicht dem wirklichen Wert der in diesen Konten verrechneten Objekte entspricht. Gerade bei

guten Gesellschaften stehen die einzelnen Werte erheblich niedriger zu Buch, als es ihrem Realisationswert entspricht. Auf den meisten Konten wird erheblich mehr abgeschrieben sein, als die wirkliche Abnutzung erfordert. Es werden eben meist durch erhöhte Abschreibungen stille Reserven gestellt. Besonders durchsichtig ist diese Methode ja bei solchen Fabriken, die einen sehr wertvollen und fast neuen Maschinenbestand mit 1 ℳ zu Buch zu stehen haben. Hier würden bei einer Realisation viele Millionen mehr herauskommen, als die veröffentlichten Bilanzen glauben lassen, Aber selbst, wo solche übermässigen Abschreibungen nicht vorliegen, würden schon manche Bestimmungen des Aktiengesetzes dafür sorgen, dass die Bilanzwerte hinter den wirklichen Werten zurückbleiben. Denn das Aktiengesetz ist vielfach darauf zugeschnitten, zu verhüten, dass Gewinne ausgeschüttet werden, die nicht wirklich verdient, sondern nur buchmässig vorhanden sind. Deshalb ist es zurzeit nach dem Aktiengesetz auch nicht zulässig, den Wert der Konten, die Wertobjekte, deren Wert sich im Laufe des Jahres erhöht hat, enthalten, entsprechend zu erhöhen. Die Folge dieser Bestimmung ist z. B , dass viele Brauereien in Berlin, die seit dreissig oder mehr Jahren Grundstücke besitzen, die im Laufe der Zeit ihren Wert unter Umständen verdoppelt haben können, einen erheblich höheren inneren Wert besitzen, als die Bilanz erkennen lässt. Andererseits geben die aktiengesetzlichen Bestimmungen aber auch den Anlass dafür, dass die Bilanz den inneren Wert vielfach höher erscheinen lässt, als er in Wirklichkeit ist. So dürfen z. B. Gegenstände, die nicht für die Veräusserung, sondern für den Gebrauch der Aktiengesellschaft bestimmt sind, dann zum Anschaffungwert eingestellt werden, wenn ein der Abnutzung entsprechender Betrag unter die Passiven gestellt wird. Solange nun solches Unternehmen den Betrieb aufrecht erhält, entspricht der Bilanzwert der Maschinen, Utensilien usw. durchaus dem Gebrauchswert, den diese Dinge für die Fabrik oder das Geschäftsunternehmen haben. Liquidiert die Gesellschaft aber, so kann natürlich auch nicht annähernd damit gerechnet werden, dass eine Realisierung des Unternehmens auch nur annähernd zum Bilanzwerte möglich ist. Dazu kommt endlich noch, dass, wie ja allgemein bekannt sein dürfte, eine Reihe von Verpflichtungen, die im Falle der Liquidation, namentlich einer plötzlichen Liquidation, existent werden, in der Bilanz keine Aufnahme finden. Alles in allem also ist die Bilanz keine Grundlage, um den inneren Wert eines Unternehmens zu berechnen, und deshalb hat auch eine Gegenüberstellung des Kurswertes der Aktien und des aus der Bilanz errechneten inneren Wertes des Unternehmens keine praktische Bedeutung.

* * *

Nach einer anderen Richtung aber gibt diese Berechnung zu recht interessanten Schlüssen die Möglichkeit. Wenn es nämlich wirklich möglich wäre, den praktischen inneren Wert der einzelnen Unternehmungen zu errechnen, so würde sich dann auch zeigen, dass der Kurswert der Aktie fast bei allen Gesellschaften erheblich höher steht, als es nach dem inneren Werte des Unternehmens der Fall sein dürfte. Es ist ein vielfach verbreiteter Irrtum, dass der Börsenkurs der Aktien den inneren Wert der Unternehmung ausdrückt. Das ist wie gesagt ein Irrtum, und es muss sogar bestritten werden, dass die Börse bei ihrer Bewertung diesen inneren Wert überhaupt nur auszudrücken versucht. Bei der Aktiengründung schiebt sich zwischen Unternehmen und Aussenwelt die Aktiengesellschaft, deren Kapitalanteile repräsentiert werden durch die Aktien. Die Aktien sind Wertpapiere, auf die das Anteilsrecht am Unternehmen derart übergegangen ist, dass dieses Recht nur in diesem Wertpapier und durch dieses Wertpapier existiert. Es geht mit dem Kauf des Wertpapiers auf den jeweiligen Inhaber über. Durch diesen eigentümlichen Charakter wird das Wertpapier zum selbständigen Handelsobjekt. Es wird nicht mehr ein Anteil an diesem oder jenem Unternehmen gehandelt, sondern es wird das einzelne Wertpapier ge- oder verkauft. Der Markt für Wertpapiere unterliegt nun in bezug auf die Preisbestimmung des einzelnen Wertpapiers ganz besonderen Gesetzen. An und für sich ist natürlich auch dort das allgemein preisbestimmende Gesetz von Angebot und Nachfrage massgebend. Aber nehmen wir einmal den Fall an, es handelt sich um die Aktien einer Brauerei, so hängt die Preisbildung für diese Aktien nicht bloss von der allgemeinen Tendenz, die zurzeit an der Börse für Aktien besteht, sondern hauptsächlich von der jeweiligen Lage des Geldmarktes ab. Wenn viele Leute mit geborgtem Geld Aktien gekauft haben und hinterher die Geldsätze steigen, so werden viele der Kreditkäufer gezwungen sein, ihre Aktien zu veräussern. Die Aktien der betreffenden Brauereien gehen dann herunter, ohne dass sich im inneren Wert des Unternehmens auch nur das Geringste verändert hat. Ja, es ist nicht nur wahrscheinlich, sondern sicher, dass, wenn einer die Brauerei heute als Privatunternehmen auf Geld kaufen wollte, er mindestens denselben Preis dafür anlegen würde wie vor drei Jahren, obwohl heute die Summe sämtlicher Aktien, zum Kurswert berechnet, einen niedrigeren Preis ergeben als vor drei Jahren. Die Regel wird jedoch sein, dass die Summe der zum Kurswert berechneten Aktien einen höheren Betrag ergibt, als der innere Wert des Unternehmens als Privatunternehmen gemacht haben würde. Gerade weil für An- und Verkauf von Aktien die Zinslage des Geldmarktes und des Marktes für Anlagekapital gelten. Wer eine Aktie kauft, erwirbt sie der Verzinsung wegen. Die Verzinsung soll entweder in reiner Rente oder in Rente plus Kursgewinn bestehen. Wenn diese Rente allein 4 % ausmacht, so verlangt der Kapitalist von Aktien etwa eine Verzinsung von $5^1/_2$%, der kauft auch eine Brauereiaktie, wenn sie $5^1/_2$—6% ergibt. Dahingegen würde jeder, der eine Brauerei als Privatunternehmen heute kaufen wollte, von seinem Gelde eine Verzinsung von mindestens 15% verlangen. In dem einen Fall wird eben nach den im gewerblichen Leben üblichen Rentabilitätberechnungen verzinst, im anderen Fall nach der Rentabilität, die derjenige verlangt, der sein Kapital gut verzinsen will, ohne selbst eine wesentliche Tätigkeit auszuüben. Daher kommt es denn auch, dass fast alle Aktiengesellschaften in bezug auf den Wert ihres Aktienkapitals weit überwertet sind, schon deshalb, weil die einzelnen Aktien einen grösseren Markt haben und deshalb nach bekannten nationalökonomischen Grundsätzen leichter zu verkaufen und besser zu verwerten sind als ein Unternehmen als Ganzes. Als letzter Schluss solcher Betrach-

tungen ergibt sich immer wieder, dass wir durch die aktiengesellschaftliche Unternehmungform den grossen wirtschaftlichen Vorteil haben, für Riesenbetriebe die Kapitalien leichter aufbringen zu können, als das früher selbst für kleinere Unternehmungen möglich war. Andererseits aber absorbiert jedes Unternehmen in aktiengesellschaftlicher Unternehmungform weit erheblichere Beträge des Kapitalmarktes und belastet daher die Volkswirtschaft auch viel mehr, als das bei Betrieben in Form von Privatunternehmungen der Fall ist.

Unteroffiziere gesucht! Mir wird ein Ausschnitt aus der Vossischen Zeitung vom 4. Mai zugesandt, der eine Annonce folgenden Inhalts enthält: „Ehemaligen Unteroffizieren, ca. 24—30 Jahre alt, welche wegen der geringen Aussichten zum Vorwärtskommen im niederen Staats- oder Kommunaldienst eine kaufmännische Tätigkeit bei grosser erstklassiger Firma vorziehen, bietet sich günstige Gelegenheit zur Einarbeitung. Einem intelligenten, arbeitfreudigen Herrn steht Lebensstellung mit jährlich steigendem Einkommen in Aussicht. Offerten mit Zeugnisabschriften usw. usw.“ Es dürfte nicht unbekannt sein, dass bei einer Reihe grosser Bankinstitute nicht bloss ehemalige, sondern auch aktive Unteroffiziere beschäftigt werden. Es handelt sich da meist um mechanische Dienstleistungen, um die Trennung von Coupons und Aehnliches. Schon gegen eine derartige Beschäftigung von Unteroffizieren macht sich unter den Bankbeamten und Handlunggehilfen eine starke Missstimmung geltend. Es wird dagegen ausgeführt, dass die Stellunglosigkeit im Handelsgewerbe immerhin erheblich genug sei, um die Banken zu veranlassen, auch für solche Halbtagsbeschäftigungen, die nicht sehr gut bezahlt werden, aushilfsweise diätarisch gelernte Kaufleute anzustellen. Einzelne feine Bankhäuser, an der Spitze die Firma Mendelssohn & Co., verschmähen es denn auch, für solche Dienstleistungen Personen, die ausserhalb des Kreises der vorgebildeten Kaufleute stehen, heranzuziehen. Aber man mag über die Beschäftigung von Unteroffizieren in diesen Fällen denken wie man will, sie ist doch nicht in Rede zu stellen mit dem, was die vorstehende Annonce verheisst. Man sucht da ja nicht Personen für Aushilfsdienste, sondern eine grosse erstklassige Firma fordert zur Bewerbung für eine volle kaufmännische Beschäftigung ehemalige Unteroffiziere auf. In dem Inserat wird ausdrücklich betont, dass es sich um eine kaufmännische Tätigkeit handelt, so ist es nicht einzusehen, warum denn Elemente, die sich erst einarbeiten müssen, von der Firma engagiert werden sollen, weshalb diese nicht statt dessen lieber gelernte kaufmännische Gehilfen einstellen will. Die Annonce hat durchaus den Anschein, als ob es der Firma darauf ankommt, besonders billige Arbeitkräfte zu bekommen, die mit einem kleinen Mehr über das, was sie in der niederen Beamtenlaufbahn zu erwarten haben, zufrieden sein werden, während kaufmännische Angestellte in der Regel bei genügenden Leistungen auf eine allmähliche Besserstellung zu rechnen pflegen. Unter diesen Umständen ist es nur zu begreiflich, wenn sich der jungen Kaufleute eine starke Missstimmung bemächtigt. Der gelernte Kaufmann ist ja heute schon gewohnt, dass sein Vorrücken in leitende Stellungen durch die Konkurrenz von Juristen und ehemaligen Staatsbeamten erschwert wird. Dass nun aber auch schon ehemalige Unteroffiziere einen Vorzug für kaufmännische Stellungen geniessen, das würde einer gewissen Komik nicht entbehren, wenn es nicht leider für die Handlunggehilfen recht tragisch wäre. Unter diesen Umständen dürfte es für die Eltern von Kindern, die sich dem Kaufmannsstande einmal widmen wollen, am praktischsten sein, wenn sie am Schulgeld sparten, ihre Söhne, auch wenn sie es sich leisten können, nicht in die höheren Schulen zu schicken, sondern sie die Volksschule besuchen und drei Jahre dienen zu lassen. Wenn dann die Jungen die Tressen der deutschen Unteroffiziere bekommen haben, so werden sie ja ohne weiteres für eine kaufmännische Stellung reif.

Strafgebühr im Postscheckverkehr. Reichstagsabgeordneter Dr. Potthoff sendet mir folgende Zuschrift eines schlesischen Geschäftsmannes: „Vor einigen Wochen empfahlen Sie in Ihrem in der Zeitschrift Plutus erschienenen Artikel über den Postscheckverkehr den Inhabern von stark besetzten Scheckkonten die Anlage von mehreren Postscheckkonten, um die Zuschlagsgebühr von 7 Pf. pro Buchung zu ersparen. Ich selbst habe bereits im vorigen Jahre ein zweites Konto beim Postscheckamt in Breslau anlegen lassen, wurde jedoch nach kurzer Zeit aufgefordert, mich damit einverstanden zu erklären, dass die Zählung der Buchungen der beiden Konten gemeinsam erfolgen solle, andernfalls ein Konto geschlossen werden müsse. Um die Zuschläge zu ersparen, bliebe mir nur noch die eine Möglichkeit offen, bei einem anderen Postscheckamt ein Konto eröffnen zu lassen.“ — Ein anderer Ausweg wäre vielleicht, die Konten auf verschiedene Namen errichten zu lassen, z. B. auf den der Firma und ihrer einzelnen Inhaber oder auf den von Mann und Frau. Jeder derartige Versuch ist ein Beweis für die Unsinnigkeit des Strafzuschlages — und nur als solcher hat er Wert.

zk. Der Kalifiskus. Kurz bevor es zu spät war, hat die Regierung auch der Oeffentlichkeit die „Materialien zu dem Entwurf eines Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen“, die bisher nur die Reichstagskommission geniessen durfte, zugänglich gemacht. Diese Materialien enthalten zweierlei. Einmal die von den Syndikatswerken freundlichst herausgegebenen und zumeist schon bekannten Statistiken über den Absatz, die inländischen Preise und die Erträge der Bergwerksgesellschaften, die auch nach jedem halbwegs guten Handbuch ziemlich lückenlos zusammengestellt werden konnten und daher des besonderen Interesses entbehren. Aus eigenem scheint die Regierung, als gesetzgebende, steuererhebende Institution mit der Kraft zu besserem Wissen ausgestattet, nichts hinzugetan zu haben. Dagegen hat der preussische Fiskus als Kalibergbautreibender die statistischen Daten ergänzt. Das ist das zweite und bei weitem interessantere. Der Fiskus hat für seinen Besitz an Kalischächten drei Betriebsabteilungen gebildet, die Berginspektionen Stassfurt, Bleicherode und Vienenburg. Letzterer untersteht das im Jahre 1906 erworbene Kaliwerk Hercynia. Bei dem Salzwerk Stassfurt belief sich im Jahre 1908 das Anlagekapital auf 8 355 293 ℳ, und das gesamte Vermögen von 9 108 155 ℳ verzinste sich mit 8,369%. Das ist nicht viel, aber für ein im Besitze der Gesamtheit befindliches Werk immerhin eine gute Rentabilität. Geht man aber

nur acht Jahre zurück — denn weiter reichen die gegebenen Nachweise nicht —, so ergibt sich für das Jahr 1900 eine Verzinsung des Vermögens von 29%, für 1901 von 22%, für 1902—1904 von 18%, für 1905 von 17%, für 1906 und 1907 von 7%. Der Abstieg ist ganz erstaunlich, fällt aber in die Zeit des Wirkens des Syndikates. Ganz anders sind die Verhältnisse dagegen beim Salzwerk Bleicherode. Dieses erforderte bis zum Jahre 1903 ganz erhebliche Zuschüsse, brachte dafür aber im Jahre 1904 die Rekordziffer einer Verzinsung des angelegten Vermögens von 3,9 Mill. ℳ von 42%, im folgenden Jahre von 16%, in 1906 von 13%, in 1907 von 6% und in 1908 von 1,88%. Beim Werk zu Vienenburg sank die Rente von 3,3% in 1907 auf 2,3% in 1908. Nun lassen sich freilich die Rentabilitätziffern der staatlichen Werke nicht ohne weiteres mit den nach kaufmännischer Art aufgemachten Abschlüssen der privaten Kaliwerke vergleichen. Doch lehren auch die herausgegebenen spärlichen Zahlen zur Genüge, dass Preussen durch seine Beteiligung am Kalibergbau kein allzu schweres Opfer gebracht hat. Bei den Gewerkschaften ergibt sich übrigens ein durchschnittlicher Gewinn des Anlagekapitals überhaupt von 6,25%, wobei aber zum Anlagekapital für die Zeit vom Beginn des Schachtabteufens bis zur Aufnahme in das Syndikat 4% des durchschnittlich zu verzinsenden Anlagekapitals zugeschlagen worden sind. Bei Berücksichtigung der seit 1908 dem Syndikat beigetretenen ausbeutelosen Werke ermässigt sich der durchschnittliche Gewinn auf 4,34%. Die entsprechenden Zahlen für die Aktiengesellschaften sind wesentlich niedriger, nämlich 2,92% und 1,82%. Ergibt sich hiernach, dass der preussische Fiskus mit seinem Kalibergbau an und für sich, wie im Verhältnis zu den anderen Werken, recht gut abgeschnitten hat, so kann auch seiner Leitung nur das Kompliment gemacht werden, dass sie gute Vorsorge getroffen, um das Erträgnis für die Zukunft sicherzustellen. Durch den neuen Syndikatsvertrag ist nämlich die Uebertragung der Beteiligung und damit der Quotenhandel gestattet worden. Davon hat der preussische Fiskus ausgiebigen Gebrauch gemacht. Um durch grössere Förderung die Selbstkosten herabzudrücken, kaufte er von sechs Werken Quotenanteile und tauschte mit einer ganzen Reihe anderer Werke solche Beteiligungen aus. Machen diese Geschäfte dem kaufmännischen Geschick der staatlichen Bergbehörde alle Ehre, so wollen sie doch ganz und gar nicht zu den volkswirtschaftlichen Aufgaben eines Staates passen, wie sie heute wenigstens aufgefasst werden. Die nächste Folge solcher Beteiligungverkäufe ist früher oder später die Stillegung der Schächte. Als vor einem Lustrum im rheinisch-westfälischen Revier solche Stillegungen in grossem Umfange vorgenommen wurden, herrschte allgemeine Entrüstung darüber, weil ja ganze Gegenden in ihrer Erwerbsfähigkeit dadurch gehindert werden können. Nach Schliessung der Schächte verlassen die Bergleute die Ortschaften der Nähe, und wer nicht durch Grund und Boden gebunden ist, folgt nach. Das Nachsehen haben die Bleibenden. Solche Wirkungen von Zechenstillegungen könnten ähnlich jetzt wieder im Kalibergbau erwartet werden. Bei der Bergbau-Aktiengesellschaft Justus II, dem schlechtest arbeitenden Kaliwerk, wird ein Einstellen des Betriebes zuerst erwartet, weshalb auch die beteiligten Gemeinden schon eine Petition an den Reichstag gerichtet haben. Gerade an der Aufteilung der Quote dieser Gesellschaft aber hat sich auch der Fiskus beteiligt, indem er die stattlichste Summe von 69 000 dz der Gruppe IV ankaufte. Aus ihrem Verhalten ist nun nicht etwa der preussischen Bergverwaltung ein Vorwurf zu machen. Denn sie musste auf eine möglichst gute Verzinsung des ihr anvertrauten Geldes der Allgemeinheit bedacht sein. Wirtschaftet sie schliesslich so, dass sich ein Verlust ergibt, so muss dieser wieder aus Steuern gedeckt werden, und die Theorie von dem Anteil der arbeitenden Staatsbetriebe an den Staatslasten wäre auf den Kopf gestellt. Statt werbender Anlagen wären Kostgänger für die Staatskrippe geschaffen worden. Auch der Staat kann als Unternehmer nicht um die Unternehmerpolitik herum, wenigstens nicht in seiner heutigen Gestalt.

zk. Aktienzeichnung. In den letzten fünf bis sechs Wochen hat die Berliner Börse nur drei neue Aktien gesehen, aber genug an ihnen erlebt. Eigentlich waren es nur zwei. Denn die Aktien der Vogtländischen Tüllfabrik sind bisher überhaupt noch nicht zur Notierung gelangt. Die Discontogesellschaft, die eine Einführung zu 190 bis 200 % beabsichtigt haben soll, will nicht die Verantwortung für den Kurs übernehmen, der sich bei der jetzigen Uebernachfrage ergeben würde. Deshalb kommt seit dem 27. April keine Notierung zustande. Um den Knoten zu lösen, möchte man die Zeichnung zu dem von der Bank in Aussicht genommenen Kurse vorschlagen. Dann ist diese das Risiko, aber auch die Aktien los, während das Publikum einen Teil des gezeichneten Betrages erhält. Nur hat gerade die Auflegung von Aktien ihre grossen Nachteile, wie das Beispiel des andern Papiers zeigt, der Aktie der Julius Berger Tiefbau-Ges. Es kommt ganz darauf an, wie die Zeichnung gehandhabt wird. Am 21. April legte die Berliner Firma Georg Fromberg & Co. $1^1/_4$ Mill. ℳ von den $1^1/_2$ Mill. ℳ Bergeraktien zur Zeichnung von 210 % auf. Da die Gesellschaft zuletzt 20 % Dividende zahlte, so mag, wenn sie auch erst im Jahre 1909 das Kapital um die Hälfte erhöht hatte, manchem bei der Versicherung der guten Aussichten eine solche Kapitalsanlage sehr vorteilhaft erschienen sein. Die aufgelegte Summe soll zehnfach überzeichnet worden sein. Gewiss nicht nur von Anlage suchenden Sparern. Das Natürliche wäre gewesen, wie es bei Staatspapieremissionen geschieht, den kleinen Zeichnern volle Beträge zu geben, den Konzertzeichnern dagegen nur einen geringen Teil. Denn diese bringen sie gewiss bald an die Börse. Nun habe ich aber erfahren, dass die Firma Fromberg gerade kleine Beträge zurückgewiesen hat, ja Zeichnungen auf eine Aktie nicht berücksichtigte. Wahrscheinlich hat sie geglaubt, die grossen Konsorten reichlicher versorgen zu müssen. Dass sich das Publikum dann an die Börse wandte und durch unlimitierte Aufträge den ersten Kurs auf 240 % trieb, kann dabei nicht wundernehmen. Er stieg dann bis auf 268 %, trotzdem die freiwillig übernommene Sperre aufgehoben wurde. Gerade bei diesen zur Zeichnung aufgelegten Aktien ist die Kurserhöhung am stärksten, was das Urteil über die Zweckmässigkeit einer solchen Art der Einführung modifizieren muss. — Alle drei neu zur Börse gelassenen Werte

haben als gemeinsames Gründungjahr das Jahr 1906, und alle drei erhöhten erst vor mehreren Monaten ihr Kapital um beträchtliche Summen: Die Julius Berger Tiefbaugesellschaft um $^1/_2$ Mill. ℳ auf $1^1/_2$ Mill. ℳ, die Gebr. Goedhart A.-G. um 1 Mill. ℳ auf $4^1/_2$ Mill. ℳ und die Vogtländische Tüllfabrik um 1 Mill. ℳ aut $2^1/_2$ Mill. ℳ. Die Dividenden betrugen 20, 11 und 15 %. Zu besonderem Vertrauen und einer Bevorzugung dieser Werte gegen die bereits eingeführten liegt gewiss kein Grund vor. Ohne den Tamtam der Emissionstechnik würde wohl auch der scheinbar nicht gern gesehene Uebereifer unterbleiben. Zu dieser Technik ist aber auch eine Zeichnungauflegung in obiger Form zu rechnen.

Kontrollkassenfehde. Zwischen der Chemnitzer Maschinenfabrik Aktiengesellschaft Schubert & Salzer und der National Cash Register Co. schwebt eine heftige Fehde. Die Aktiengesellschaft Schubert & Salzer fabriziert ebenfalls sogenannte Kontrollkassen und behauptet, dass in dem Konkurrenzkampf zwischen ihr und der National Cash Register Co. Ltd. diese sich unlauterer Mittel bedient habe. Sie soll sowohl ihre Agenten zu sich hinübergezogen und diese zum Kontraktbruch verleitet haben, wie sie auch beschuldigt wird, Reisende zu solchen Firmen zu schicken, die Kontrollkassen der Firma Schubert & Salzer besitzen, um diese unter Anschwärzung des deutschen Fabrikates zu veranlassen, ihre Kassen in solche amerikanischer Herkunft umzutauschen. Das Landgericht Dresden hat in diesem Prozess in seinem Urteil gesagt: „Die Grenzen des Erlaubten sind im Wettbewerb sehr weit zu stecken. Aber auch hier muss es eine Grenze geben, an der die Anschauungen über die guten Sitten dem rücksichtlosen Vorgehen ein Halt gebieten. Diese Grenzen haben die Beklagten weit überschritten. Ihr Verhalten zeugt von einer Niedrigkeit der Gesinnung und einer Brutalität, wie sie im deutschen Geschäftsleben nur selten zu finden sein wird. Es widerspricht der Auffassung sittlich gebildeter und anständig denkender Menschen.“ Dieses Urteil des sächsischen Gerichts ist allerdings sehr hart und lässt darauf schliessen, dass in der Tat sehr bedenkliche Manipulationen von der National Cash Register Co. Ltd. angewandt sein müssen. Es liegt mir durchaus fern, derartige Manipulationen verteidigen zu wollen, wobei es mir gleichgültig erscheint, ob in diesem Fall diese Manipulationen dazu dienten, amerikanischen Fabrikaten zum Siege über deutsche zu verhelfen. Aber andererseits kann ich es doch nicht ganz unterlassen, der Schubert & Salzer A.-G. zu raten, etwas von ihrer amerikanischen Konkurrenz zu lernen. Vielleicht verdanken die Amerikaner einen kleinen Teil ihres Uebergewichts wirklich ihrem skrupellosen Vorgehen. Aber auf der anderen Seite dürften sie doch ihre grössten Erfolge durch die viel geschicktere Reklame erzielen. So habe ich z. B. erst durch die Prozessartikel, die den Prozess beider Gesellschaften behandeln, erfahren, dass die Schubert & Salzer Gesellschaft solche Kontrollkassen anfertigt, und ich bin überzeugt, dass Tausende und Abertausende von deutschen Geschäftsleuten von dieser Tatsache auch noch heute nichts wissen. An sie ist wahrscheinlich gar nicht die Möglichkeit herangetreten, das deutsche Fabrikat mit dem amerikanischen zu vergleichen. Ich kann durchaus nicht sagen, welches Fabrikat besser ist. Möglich, dass auch nach der Prüfung die meisten dieser Geschäftsleute sich für das amerikanische Fabrikat entschieden haben würden. Aber die Firma hätte ihnen die Möglichkeit dieser Prüfung doch auf alle Fälle geben müssen. Die deutsche Gesellschaft, die die amerikanischen Fabrikate vertreibt, macht in allen Zeitungen eine Riesenreklame. Sogar eine ganz besonders geschickte. Nicht bloss durch Inserate, sondern auch durch alle möglichen Reklameartikel, die zum grössten Teil zwar im Annoncenteil stehen, aber in sehr geschickter Weise interessanten Lesestoff bieten, bei dessen Lektüre der naive Leser erst ziemlich spät erfährt, dass es sich um einen Reklameaufsatz handelt. Vor allem aber unterhält die amerikanische Gesellschaft eine Verkaufsstelle im besten Teil Berlins, die durch den geschickten Ausputz des Schaufensters, in dem eine Kasse im Betrieb gezeigt wird, das Publikum anlockt. Ich habe derartige Reklamemittel bei der Schubert & Salzer-Aktiengesellschaft nicht feststellen können und mich vergeblich bemüht, im Berliner Adresskalender eine Niederlassung der Gesellschaft in Berlin zu finden. Es ist ja sehr richtig von dem deutschen Unternehmen, dass es verschmäht, die unlauteren Manipulationen der amerikanischen Konkurrenz mitzumachen oder sie gar darin zu übertrumpfen, aber andererseits macht man, wenn man sich nicht rührt, auch keine Geschäfte, und muss es sich gefallen lassen, dass die Konkurrenz einen überflügelt. Denn mit der Wohlanständigkeit allein ist es bei einem Konkurrenzkampf nicht getan.

Die Karriere der Volkswirte. Verschiedentlich haben Leser des Plutus bei mir angefragt, welche Chancen sich den Studierenden der Natienalökonomie eröffnen. Ich habe diese Fragen im Rahmen der „Antworten des Herausgebers“ angesichts der Weitschichtigkeit der Materie nur in grossen Zügen beantworten können. Herr Professor Biermer-Giessen hatte die Freundlichkeit, mich darauf aufmerksam zu machen, dass er schon seit Jahren an die jungen Semester der Nationalökonomie Studierenden Hinweise und Ratschläge verteilt, die er unter dem Titel „Die Nationalökonomie als Unterrichts- und Prüfungsgegenstand“ gesammelt hat. Mit seiner freundlichen Erlaubnis drucke ich aus seiner Einleitung das Nachfolgende ab:

„Für den angehenden, umfassend ausgebildeten Volkswirtschaftler kommen nur folgende Berufe in Frage:

1. Die akademische Laufbahn an Universitäten, technischen Hochschulen und neuerdings an Handelshochschulen.

2. Die Syndikats- oder Sekretariatsposten bei den offiziellen Interessenvertretungen für Handel und Industrie, Landwirtschaft und Handwerk. (Handels-, Landwirtschaft- und Handwerkskammern.)

3. Die Geschäftsführerposten bei den Sektionen der Unfallversicherungberufsgenossenschaften.

4. Die Sekretariatsposten bei den privaten Interessenverbänden für Handel, Industrie und Landwirtschaft.

5. Volkswirtschaftliche Redakteurposten in der politischen und in der Fachpresse.

6. Sekretärposten bei gemeinnützigen Anstalten, namentlich solchen sozialpolitischer Art.

7. Stellungen bei den staatlichen und städtischen statistischen Aemtern, und

8. endlich gibt es auch eine Möglichkeit, bei Grossindustriellen und Berufspolitikern nationalökonomischer Privatsekretär zu werden.

Ueberblickt man diese acht Gruppen, so wird ohne weiteres klar, dass die verhältnismässig meisten Chancen die offizielle Interessenvertretung in der Form der sogenannten „Wirtschaftkammern", namentlich der „Handelskammern", zu bieten vermag. Es kommen hier in Deutschland etwa 150 Wirtschaftkammern verschiedener Art in Frage, aber schon jetzt ist das Angebot viel gröfser als die Nachfrage. Es promovieren in Deutschland jedes Jahr fast halb so viel Nationalökonomen, als es Handelskammern gibt, deren Sekretäre akademische Bildung haben müssen. Die neuen Anwärter müssen selbst auf die ganz niedrig besoldeten Assistentenposten, die nur bei den grössten Wirtschaftkammern bestehen, jahrelang warten und haben bei einer solchen Bewerbung wie auch bei anderen mit Referendaren, Assessoren, Redakteuren, Kaufleuten, Berufskonsuln und Rechtsanwälten zu konkurrieren. Was die akademische Karriere anbetrifft, so bedarf es keiner Ausführung, dass kein junger Student, mag er sich noch so sehr für die Nationalökonomie interessieren, von vornherein auf den Dozentenberuf lossteuern darf. Er wird sich sonst schweren Enttäuschungen aussetzen. Hier liegen ganz besondere Schwierigkeiten vor, und es besteht auch bereits eine erhebliche Ueberfüllung. Den 36 ordentlichen Professoren der Nationalökonomie an den 21 deutschen Universitäten stehen nicht weniger als 19 Privatdozenten gegenüber. Dazu kommen noch 11 Titularprofessoren und Extraordinarien, die nicht etatsmässig angestellt, also unbesoldet, sind. 30 Dozenten warten also auf eine feste Anstellung. Der Bedarf für einen Nachschub in die etatsmässigen Stellen ist also schon gegenwärtig mehr als reichlich gedeckt, zumal wenn man bedenkt, dass neuerdings nicht selten Männer aus der Verwaltungpraxis unmittelbar in staatswissenschaftliche Professuren berufen worden sind. Jedenfalls ist bei der Nationalökonomie das Verhältnis der Privatdozenten zu den Ordinarien auch nicht halb so günstig, wie bei der Jurisprudenz; denn dort kommen auf 156 Ordinarien nur 39 Privatdozenten. Neben der akademischen und der Handelskammerkarriere kommt eigentlich für einen jungen Nationalökonomen nur noch der Redakteurberuf ernstlich in Frage, aber auch hier besteht ein lebhafter Wettbewerb von Journalisten, die keine rein staatswissenschaftliche Ausbildung haben. Nur die führenden Pressorgane und namentlich die grossen Handelsblätter haben nationalökonomische Spezialredakteure; bei den mittleren und kleinen Pressorganen verlangt man eine grosse Vielseitigkeit der Redakteure. Sie haben in der Regel über alle möglichen Dinge, so gut es eben geht, zu schreiben. Die Handelsteile der grossen Blätter aber, wo solche sehr schwierig zu erlangende Spezialkenntnisse unentbehrlich sind, werden meistens von solchen Spezialisten bearbeitet, die den Einblick in das Getriebe des Geld-, Bank- und Börsenwesens als Bankangestellte erworben haben, und der theoretische Universitätsunterricht kann in der Tat eine solche Spezialausbildung gar nicht bieten. In der Journalistenkarriere kommt es im übrigen weniger auf eine tiefgründige gelehrte Ausbildung als auf eine rasche Auffassung- und Anpassunggabe, auf beweglichen Geist und gewandte Feder an. . . . Alles in allem kann man sagen, dass die Aussichten für den Volkswirtschaftler in der Journalisten karriere auch keine sehr glänzenden sind. Sie sind jedenfalls mit der Zeit eher schlechter als besser geworden. Was die Anstellung im staatlichen und grossstädtischen statistischen Dienst anbetrifft, so sind einerseits die in Frage kommenden Stellen klein an Zahl, und andererseits wird hier eine besondere mathematisch-nationalökonomische Ausbildung oder eine längere Tätigkeit in der inneren Verwaltung verlangt. Die grossen statistischen Aemter sind vielfach mit ehemaligen höheren Verwaltungbeamten besetzt, und ausserdem können nur die wenigsten Universitäten eine wirklich fachmännische statistische Ausbildung bieten. Es gehören dazu besondere Lehrkräfte und Lehrmittel, die an den kleineren Universitäten regelmässig nicht vorhanden sind. Bei allen anderen Berufsstellungen, namentlich in der sozialen Versicherung, bei den Interessenverbänden, aber auch bei den gemeinnützigen Anstalten sozialpolitischer Natur bevorzugt man ehemalige Juristen, an denen bekanntlich kein Mangel ist, oder tüchtige Subalternbeamte, die den Mangel an akademischer Bildung durch langjährige Erfahrungen in der Praxis ersetzen. In einigen Staaten kommen neben den Juristen die Kameralisten, die die Staatsprüfung bestanden haben, in Betracht. Alles in allem kann man also sagen, dass die nationalökonomische Karriere, die sich direkt an das Universitätsstudium anschliesst, zurzeit keine aussichtsreiche ist. Vielfach glaubt man in Studentenkreisen, dass das Bankfach bessere Aussichten böte. Ich kann versichern, dass das durchaus nicht der Fall ist. Unsere Grossbanken, die ja fast alle Aktiengesellschaften sind, haben allerdings zahlreiche akademisch gebildete Direktoren. Man nimmt aber für diese hochbesoldeten und einflussreichen Posten nicht etwa frühere Referendare oder jüngere Doktoren der Nationalökonomie, sondern nur hervorragend tüchtige Juristen, die längere Zeit Richter, Verwaltungbeamte oder Anwälte gewesen sind. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, so verbreitet er sein mag, anzunehmen, dass die Grossbanken Leute brauchen könnten, die auf der Universität etwas in die Nationalökonomie hineingerochen haben. Nach einem solchen Nachwuchs ist gar kein Bedarf, und selbst bei ausgezeichneten Empfehlungen und guten Konnexionen gelingt das Ankommen auch nur als Bankvolontär, wie ich aus langjähriger Erfahrung weiss, in den allerseltensten Fällen. Die Banken haben gar kein Interesse daran, junge Leute, die keine juristische und Verwaltungpraxis nachweisen können und nichts vom geschäftlichen Leben verstehen, auszubilden. Gerade die grössten Banken bei uns lehnen neuerdings die Annahme solcher Volontäre sogar grundsätzlich ab, und bei den Bodenkreditanstalten, in deren Verwaltung im Hinblick auf den Hypothekenverkehr besonders viel Juristen sitzen, wird man im Zweifel nur Herren nehmen, die die Staatsexamina bestanden haben. Eine einseitige nationalökonomische Ausbildung genügt also für viele Berufe nicht, sie muss vielmehr Hand in Hand mit der juristischen Vorbildung gehen, und diese letztere muss durch die beiden juristischen Prüfungen wenigstens formell gewährleistet sein. Die Fachprüfung allein ohne Staatsprüfung wird nicht als ausreichend erachtet und, wie mir scheint, durchaus mit Recht. Ergo: Man mache auf jeden Fall das Assessorexamen, dann kann man erst weiter reden!"

Gedanken über den Geldmarkt.

Der Lösung der Goldschwierigkeiten bei der Bank of England, die schon in der Vorwoche als gelungen betrachtet werden konnte, ist auch eine Entspannung im freien Markte gefolgt. Heftig und mit jener Exaltation, die den Vorgängen in Lombardstreet in neuerer Zeit so oft anhaftet, ist sie vor sich gegangen ohne Rücksicht auf die Gefahr eines Rückschlages, der bei der Fülle der Verpflichtungen nicht ausbleiben kann und ebensowenig der Schwierigkeiten achtend, die ein starker Druck auf die Zinssätze im freien Markt für die Bank von England von Neuem schaffen kann.

Der Privatdiskont sank in rascher Folge von $3^3/_4$ bis ca. $3^1/_8$% und im Einklang hiermit gingen naturgemäss die Devisenkurse sofort erheblich zurück, was sich ebenso schnell im Goldverkehr fühlbar machte. Der Begehr Indiens nahm wieder grösseren Umfang an und gleichzeitig zog auch Holland 350 000 £ aus der Bank als erste Rückforderung der seiner Zeit nach London exportierten Beträge. Ist auch die Goldposition des Institutes heute genügend erstarkt, um diese Verluste als unerheblich gelten zu lassen, so öffnete die rasche Reaktion der Goldbewegung auf den Zinssturz dem Markte doch einigermassen die Augen. Man erkannte die Gefahr der Ueberstürzung und die Sätze zogen wieder etwas an.

Der Optimismus war soweit gegangen, dass man schon in der Berichtswoche eine Diskontermässigung der Bank von England auf mindestens $3^1/_2$% erwartete, eine Hoffnung, die besonders von der Stock Exchange genährt wurde. Wie sich die Lage heute darstellt, ist es nicht unwahrscheinlich, dass eine mässige Reduktion des Banksatzes sich in naher Zeit als notwendig herausstellen wird; man darf aber annehmen, dass die Leitung der Bank mit einem derartigen Schritte solange wie möglich zögern wird. Betrachten wir den letzten Bankausweis, so finden wir nur $2^3/_4$ Millionen Pfund Zunahme des Barvorrats, obgleich die Zuflüsse aus dem Auslande mehr als 4 100 000 Pfund betragen, der Bedarf des Inlands war also wieder überaus bedeutend. Die übrigen Positionen dieses Ausweises geben allerdings ein recht günstiges Bild und sind fast ausnahmslos günstiger als das Vorjahr, wo ein Bankdiskont von $2^1/_2$% herrschte. Die Lichtseite des Bildes wird weiter dadurch ergänzt, dass noch erhebliche Beträge des gelben Metalls von den Vereinigten Staaten nach London unterwegs sind, die man auf etwa 4 000 000 Pfund schätzen kann. Demgegenüber ist aber zu berücksichtigen, wie viel aktueller Goldbedarf in Europa und in den überseeischen Ländern vorliegt, der nur auf endgültige Klärung der Lage in London wartet, um hervorzutreten. Der Konsum Indiens und Südamerikas wird nicht sobald gesättigt sein, und auch der russische Begehr lässt keinen Stillstand erwarten, da die Handelsbilanz des Zarenreiches dauernd stark aktiv bleibt und die Aussichten für die neue russische Ernte wieder überaus günstige sind.

Als wichtigstes Moment aber ist zu berücksichtigen, dass die heutige Stärke von Londons Goldschatz vorwiegend auf den Zufuhren Nordamerikas beruht, die ihrer ganzen Natur nach sicherlich bald wieder den Weg über den Ocean zurückfinden werden. Sie verdanken ihr Zustandekommen einer starken Verringerung der Aktivität der amerikanischen Handelsbilanz einerseits und der englischen Budgetkrisis andererseit. Beide Ursachen sind temporärer Natur. Es liegen keine Anhaltspunkte vor, die Verschlechterung der amerikanischen Handelsbilanz als dauernd anzusehen und ebensosehr ist anzunehmen, dass das englische Kapital die gewohnte und lukrative Darlehnsgewährung an die Vereinigten Staaten nach Ordnung der Verhältnisse im eigenen Hause gern und reichlich wieder aufnehmen wird. Soeben ist es der New Yorker Haute-Finance gelungen, in Paris und Berlin bedeutende Summen amerikanischer Eisenbahn-Bonds zu placieren; noch steht England abseits, aber sicher wird sich auch der Londoner Emissionsmarkt bald wieder den Amerikanern öffnen. Man kann somit nicht an einen allzu langen Verbleib des amerikanischen Goldes in London glauben, und diese Erwägung wird hinreichen, um in der Folgezeit die Diskontermässigungen der Bank von England nur auf das Notwendigste zu beschränken.

Der heimische Markt hat nach dem Ultimo nicht die Flüssigkeit gewinnen können, die nach seiner Verfassung während der Ultimoregulierung erwartet worden war. Schon der Reichsbankausweis zeigte, dass der Markt seine Bedürfnisse zum Monatsende in erheblichem Umfange durch Lombardentnahmen gedeckt hatte, viel mehr, als die leichte Versorgung es vermuten liess. Die Rückzahlung dieser Beträge führte zu starker Nachfrage nach täglichem Gelde, dessen Satz sich dauernd auf 4 % hielt. Hierzu kam noch, dass die Einzahlung auf die neu emittierten bayerischen Staatsanleihen grössere Summen absorbierte. Infolge dieser Versteifung konnte die Seehandlung namhafte Beträge bis 20. Juni mit $3^1/_2$ % placieren, deren Annahme von dem Markt vorher verweigert worden war; es waren ihr in der Ultimo-Liquidation im Gegenteil grosse Summen zurückgezahlt worden, da sie, wie schon neulich erwähnt, mit Rücksicht auf die Diskontpolitik der Reichsbank ihre Forderungen für die Prolongation der betreffenden Beträge ziemlich hoch gestellt hatte.

In Holland hält die seit der letzten Diskonterhöhung herrschende Geldversteifung noch immer an. Sie entstand ursprünglich daraus, dass die staatliche Postbehörde grosse Darlehen aus dem offenen Markt zurückzog, um damit Schulden der Regierung zu übernehmen, welche diese bei der Niederländischen Bank unterhielt. Das war indessen nur die primäre Ursache, als entscheidendes Moment kam hinzu, dass das holländische Kapital sich in beträchtlichem Masse an der Bewegung in Petroleum- und Gummi-Shares beteiligt hat. Die Diskontpolitik der Niederländischen Bank wurde durch diese steife Haltung des offenen Marktes um so schneller wirksam, indem die Kurse der fremden Devisen rasch sanken. Als erstes Resultat ist die Rückkehr der oben erwähnten 350 000 Sovereigns aus London zu erwähnen.

Justus.

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Freitag, 13. Mai $2^1/_8$ %	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — Zahltag Brüssel. — *Dekadenausweis Luxemburgische Prinz Heinrichbahn.* — *G.-V.:* Metallhütte Akt.-Ges. Duisburg, Terrain-Ges. Berlin-Nordost, Siemens Glasindustrie, Sprengstoff-Ges. Kosmos, Debundscha Pflanzungs-Ges.
Sonnabend, 14. Mai $2^3/_8$ %	Bankausweis New York. — Prämienerklärung Paris. — *Deutsche Branntwein- und Zuckerstatistik.* — *Dekadenausweis Franzosen, Lombarden.* — *G.-V.:* Luxemburgische Prinz Heinrichbahn, Akt.-Ges. für Pappenfabrikation. — Schluss Einreichungsfrist Aktien Deutsch-Ostafrika Plantagen-Ges.
Montag, 16. Mai $2^3/_8$ %	Pfingstmontag. — Schluss der Zuzahlungsfrist Voigtländer & Sohn.
Dienstag, 17. Mai $2^3/_8$ %	Düsseldorfer Börse. — *Reichsbankausweis.* — Medioliquidation Paris. — *G.-V.:* Gummiwerke Elbe.
Mittwoch, 18. Mai $2^1/_2$ %	*G.-V.:* Jalutt-Ges. Hamburg, Ver. Köln-Rottweiler Pulverfabriken, Fortuna Versicherungs-Ges.
Donnerstag, 19. Mai $2^1/_2$ %	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Zahltag Paris. — *Betriebsergebnisse deutscher Eisenbahnen.* — *G.-V.:* Wilhelma Vers.-Gesellschaft Magdeburg, Elektrizitäts-Lieferungs-Ges., Baumwollweberei Mittweida, Ver. Norddeutsche Mineralölwerke.
Freitag, 20 Mai $2^1/_2$ %	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger Bericht. — *Preussischer Saatenstandsbericht.* — *G.-V.:* Schantung-Eisenbahn-Ges., Schlesische Akt.-Ges. f. Bergbau u. Zinkhüttenbetrieb, Reiss & Martin, Armaturenfabrik Hilpert, Chemische Fabrik Griesheim-Electron. — Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Sächsische Strassenbahn-Ges. Plauen.
Sonnabend, 21. Mai $2^1/_2$ %	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Bochumer Bergwerks-Ges., Bazar Akt.-Ges., Germania Vers.-Ges. Stettin, Hugo Schneider Aktien-Ges., Borsigwalder Terrain-Ges., Deutsch-Ostafrikanische Kautschuk-Gesellsch., Maschinenfabrik Grevenbroich, Pommersche Zuckerfabrik, Mühlenbauanstalt Seck (Kap.-Erh.), Celle-Wietze Akt.-Ges. f. Erdölgewinnung, Stralauer Glashütte Akt.-Ges. — Schluss Umtauschfrist Aktien Bayr. Bank f. Handel u. Industrie, Bezugsrecht neue Aktien Chemische Fabrik Goldenberg.

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

Zulassunganträge (in Mill. M.):
Berlin: 4 Aktien u. 5 4% Hyp.-Pfdbr. Mecklenburg-Strelitzsche Hypoth.-Bank, 4,8 neue Aktien Bochumer Gussstahlverein, 8 neue Aktien Mittelrheinische Bank, 0,5 neue Aktien Akt.-Ges. Beton- u. Monierbau. Hamburg: 4,05 $4^1/_2$% Pfdbr.-Anl. Akt.-Ges. Finnländische Stadt-Hypoth.-Kasse. Frankfurt a. M.: 3,5 neue Aktien Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft, 3 neue Aktien Deutsche Hyp.-Bank Meiningen, $17^1/_2$ 4% Münchener Stadtanleihe. Dresden: 0,4 Aktien Wanderer-Werke. Augsburg: 0,5 Aktien Baumwollspinnerei Kolbermoor. Breslau: 103,6 4% Rumänische Rente v. 1910. Hannover: 2,5 $4^1/_2$% Obl. Portland-Cemenfabrik Hemmoor. München: $4^1/_2$ Obl. Ampere-Werke.

Verlosungen:
15. Mai: Kanton Freiburg 15 Frcs. (1861, 1902), Ungarische 100 Gld. (1870), 3 Aegypt. Crédit Foncier 250 Frcs. (1886, 1903), 3% Oest. Boden-Credit 100 Gld. (1880), 2% Brüssel 100 Frcs. (1905), 2% Lüttich 100 Frcs. (1905), 4% Neapel 250 Frs. (1871), 4% Ung. Hyp.-Pfdbr. 100 Gld. (1884).

Reichsbank.

Ausweis vom 7. Mai 1910.

Aktiva.	(Millionen ℳ)
Bestand an Gold	803,083
do. an Scheidemünzen	283,894
do. an Reichskassenscheinen	66,840
do. an Noten anderer Banken	20,037
do. an Wechseln	944,748
do. an Lombardforderungen	77,455
do. an Effekten	80,191
do. an sonstigen Aktiven	153,344

Passiva.	(Millionen ℳ)
Grundkapital	180,000
Reservefonds	64,814
Betrag der umlaufenden Noten	1 607,967
sonst. tägl. fällig. Verbindlichkeiten	546,655
sonstige Passiva	30,156
Steuerfreie Notenreserve	38,716

Bank von Frankreich.

Ausweis vom 6. Mai 1910.

	(Millionen Frcs.)
Gold	3 411,672
Silber	878,515
Portefeuille	938,667
Notenumlauf	5 270,778
Privatkonti	611,696
Guthaben des Staates	80,853
Vorschüsse auf Wertpapiere, Gold etc.	540,795

Bank von England.

Ausweis vom 5. Mai 1910.

	(Millionen Pfd. Sterling)
Totalreserve	28,701
Notenumlauf	28,633
Barvorrat	38,884
Portefeuille	29,685
Privatguthaben	44,137
Regierungsicherheiten	13,819

Antworten des Herausgebers.

Z. in N. Anfrage: Wo vervollkommnet ein Deutscher, der zwei Jahre in Liverpool bei einem Baumwoll-Broker gegen Entgelt tätig gewesen ist, am zweckmässigsten und aussichtreichsten seine gewonnenen Fachkenntnisse, bevor er im Inland eine Anstellung zu erhalten sucht?

Antwort: Ich verstehe durchaus die Ungeduld, die aus Ihrer Mahnung spricht. Ich hätte Ihnen auch schon lange geantwortet. Aber ich kann Ihre Frage aus eigener Kenntnis nicht beantworten und habe — bisher ohne Resultat — mich zu erkundigen versucht. Vielleicht gibt ein Plutusleser aus seiner Erfahrung heraus eine Antwort.

Valparaiso. Anfrage: Nach chilenischem Gesetz hat der Verlader für die Dispache anzugeben:

a) Wert der Ware,
b) Einschiffungunkosten,
c) Fracht,

wobei zu seinen Lasten nur Ware und Einschiffungunkosten kontribuieren, Fracht jedoch zu Lasten des Reeders, einerlei ob diese vorausbezahlt oder nachher bezahlt wird. — Hat der Reeder die Fracht im voraus erhalten, so zahlt der Kontributionsfonds den Verlust an Fracht dem Verlader, umgekehrt dem Reeder. Dass der Reeder in der Regel die Fracht vorher einzieht, ist lediglich eine Vorsichtmassregel seinerseits, die das Gesetz aber nicht berücksichtigt und daher als Kontribuenten des Havarie-grosse-Beitrages für Fracht nur den Reeder verpflichtet. — Ich bitte nun ergebenst um Beantwortung folgender Frage: Zu wessen Lasten geht in Deutschland, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten der Havarie-grosse-Beitrag:

a) bei vorausbezahlter Fracht,
b) bei zu entrichtender Fracht?"

Antwort: Die fremden Rechte sind mir nicht bekannt. Nach deutschem Seerecht geht die Fracht zu Lasten des Reeders.

Sch. K. Anfrage: Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir mitteilen wollten, ob Kaufleute mit mehrjähriger Praxis — in meinem Fall handelt es sich um sechsjährige Bankpraxis — nach Absolvierung einer Handelshochschule zum Handelslehrerexamen zugelassen werden. Wie viele Semester umfasst ein abgeschlossenes Studium an einer Handelshochschule, und wie sind die Verhältnisse der Handelslehrer, speziell in Baden?

Antwort: Das Studium an den Handelshochschulen dauert in der Regel vier Semester. Dann kann das Diplomexamen abgelegt werden. Die Berliner Handelshochschule verlangt für Nichtlehrer als Vorbedingung für die Zulassung zur Diplomprüfung als Handelslehrer ein fünfsemestriges Studium und den Nachweis über eine praktische ordentliche kaufmännische Tätigkeit. Diese muss bei Abiturienten ein Jahr, bei Kandidaten, die nicht im Besitz des Abiturientenzeugnisses sind, mindestens fünf Jahre betragen. Ueber die besonderen Verhältnisse der Handelslehrer in Baden weiss ich nichts.

Czernowitz. Anfrage: Ich erlaube mir die höfliche Bitte an Sie zu richten, mir nachstehende Fragen zu beantworten:

1. Weshalb werden die letzten Anleihen (Oesterreichische) nicht mehr in Losform mit Prämien aufgenommen, sondern in Obligationsform? Welche Form ist vorteilhafter?

2. Haben die sogenannten zionistischen Banken Aussicht auf gute Geschäfte resp. ist der Ankauf von solchen Aktien vorteilhaft. Jewish Colonial Trust, Palästine Company?

Antwort: 1. Oesterreich hat bereits seit dem Jahre 1866 keine Staatsanleihen mehr in Form von Lotterianleihen ausgegeben. Diese Form wählte man früher, weil das Publikum wegen der Gewinnchancen mit niedriger oder gar ohne Verzinsung die Anleihen zu hohen Kursen kaufte. Seitdem der österreichische Staatskredit sich konsolidiert hat und der allgemein gesunkene Zinsfuss dem Staat gestattet, billig verzinsliche Anleihen zu hohem Kurse an den Markt zu bringen, hat er keine Veranlassung mehr, zu Lotterieanleihen seine Zuflucht zu nehmen. Ueberdies ist es schwer oder unmöglich, solche Losanleihen im Ausland abzusetzen, da viele Staaten, z. B. Deutschland, ihre Grenzen den ausländischen Losen sperren.

2. Die Verhältnisse der zionistischen Banken sind mir völlig unbekannt und entziehen sich wohl auch für den nicht ganz genau Eingeweihten der Beurteilung.

W. F. Köln. Anfrage: Auf welche Gesetzesvorschriften gestützt erhält der „Bürge" im Konkurse Aussonderungberechtigung, wenn er die Bürgschaft gegen ein Pfand des Schuldners übernimmt?

Antwort: Nach den Bestimmungen der Konkursordnung können Gläubiger, welche an einem zur Konkursmasse gehörenden Gegenstand ein durch Rechtsgeschäft bestelltes Pfandrecht haben, aus den ihnen verpfändeten Gegenständen abgesonderte Befriedigung wegen ihrer Pfandforderung verlangen.

H. K. Anfrage. 1. Sind Effekten, welche verlost oder zur Rückzahlung gekündigt sind, an der Börse noch lieferbar oder werden die verkauften Wertpapiere erst von dem neuen Besitzer daraufhin geprüft?

2. Kann ein Verkauf verloster Effekten (welcher versehentlich erfolgt ist) aus diesem Grunde storniert werden ohne Einwilligung des neuen Besitzers oder muss sich der Verkäufer, wenn der Kontrahent auf Lieferung besteht, durch Ankauf eines lieferbaren Effektes eindecken? Zu wessen Lasten gehen alsdann die Kosten (Differenz zwischen Auslosung- und Anschaffungkurs)?

Antwort: Die Usancen der Berliner Fondsbörse sagen darüber: Geschäfte in verlosbaren oder kündbaren Effekten sind, auch wenn der Abschluss erst am Tage der Verlosung oder Kündigung stattgefunden hat, in noch nicht verlosten und noch nicht gekündigten Stücken zu erfüllen. Sind gekündigte oder verloste Stücke geliefert worden, so ist Käufer sowohl wie Verkäufer berechtigt, dieselben innerhalb von 6 Monaten, vom Tage der Lieferung ab gerechnet, gegen umlaufsfähige Stücke umzutauschen. Wird innerhalb der genannten Frist von keinem der beiden Teile der Umtausch verlangt, so ist das Recht darauf erloschen. Einen seit dem Tage der Lieferung bis zu dem Tage, an welchem der Umtausch verlangt wird, entstandenen Zinsverlust hat Käufer zu tragen.

Düsseldorf. Anfrage: „Ich bin in einem hiesigen Geschäft als Buchhalter angestellt und habe von meinem Vorgänger ein zusammengeschweisstes System ($^1/_2$ amerikanische und $^1/_2$ italienische doppelte Buchführung) übernommen.

Ich beabsichtige nun die amerikanische Form mit Hauptbuch einzuführen. Da ich mit ca. 110 Konten zu rechnen habe, so würde ich im Journal am Schlusse eines jeden Monats zum Auseinanderziehen des Kontos „Verschiedene Kti." ca. $1^1/_2$ Seiten gebrauchen. Durch diese Manipulation würde m. E. das amerikanische System unübersichtlich. Gibt es einen Ausweg, um dies zu vermeiden?

Wenn ich nicht in meinem Geschäft mit so vielen Konten zu rechnen hätte, dann würde ich auch die neuere Form der amerikanischen Buchführung ohne spezielles Hauptbuch wählen. Zu Ihrer Orientierung teile noch mit, dass wir fünf verschiedene Fabrikationszweige haben: Mechanische Werkstatt, Rohrgiesserei, Giesserei, Stahlgiesserei und Hammerschmiede. Neben der kaufmännischen Buchführung haben wir selbstverständlich noch eine Fabrikbuchhaltung, die bezweckt:

a) von jeder Kommission den Gewinn bezw. Verlust nachzuweisen;
b) den Bruttogewinn der kaufmännischen Buchführung zu kontrollieren."

Antwort: Aus Ihrer Darstellung geht nicht ganz klar hervor, ob Sie das Hauptbuch im Sinne der doppelten oder der einfachen Buchführung meinen. Bei der doppelten Buchführung enthält das Hauptbuch eine Zusammenstellung der Sachkonten, bei der einfachen Buchführung entspricht es dem sogenannten Kontokorrentbuch, d. h. es enthält Konten für die einzelnen Personen, mit denen das Ge-

schäft durch das Kontokorrent in Korrespondenz steht. Ich vermute wohl, Sie meinen Hauptbuch der einfachen Buchführung, denn 110 Sachkonten wären doch etwas viel. Falls meine Vermutung richtig ist, so würde ich Ihnen raten, eine Spalte des amerikanischen Buches als Kontokorrent zu bezeichnen, daneben aber ein Kontokorrentbuch zu führen, wie es üblich ist. Dann muss an jedem Monatsende der Saldo der Kontokorrentspalte im amerikanischen Buch mit der Summe der Salden im Kontokorrentbuch übereinstimmen. Sollte meine Vermutung aber nicht richtig sein und Sie tatsächlich 110 Sachkonten haben, so kann ich Ihnen nur raten, vom amerikanischen System überhaupt abzusehen, denn dann müssen Sie dieselben Dinge zweimal buchen, weil es ja natürlich nicht möglich ist, sich ein so breites Buch anzuschaffen, dass man 110 Spalten nebeneinander haben kann. Die amerikanische Buchführung ist überhaupt nicht für alle Fälle praktisch, namentlich dann nicht, wenn zu viele Konten existieren. Legen Sie aber durchaus Gewicht darauf, wenigstens etwas von der amerikanischen Buchführung beizubehalten, so müssen Sie eine grosse Reihe von kleinen Konten unter der Rubrik Sammel-Konto oder Diverse Konti zusammenfassen. Dann haben Sie immerhin den Vorteil, dass Sie für die anderen Konten keine reine Kasse bezw. kein reines Memorial herzustellen brauchen und, falls Sie ein Journal führen wollen, Buchungen aus diesen Konten in je einem Posten machen können. Sie müssen dann aber am Schluss des Monats entweder für das Sammelkonto noch eine reine Kasse bezw. eine reine Prima-Nota anlegen oder Sie müssen doch mindestens im Journal die Konten zusammenziehen. Das liesse sich nicht umgehen, macht aber nach meiner Ansicht ebensoviel Arbeit, als wenn Sie sich eine vereinfachte doppelte Buchführung folgendermassen anlegen: Sie führen eine Kasse und so viele Prima-Noten, wie für die Eigenart Ihres Betriebes notwendig ist, fertigen sich am Schlusse des Monats aus dem Kassabuch eine reine Kasse unter Zusammenziehung der verschiedenen Konten an, ebenso aus den Prima-Noten oder Memorialen eine reine Prima-Nota (reines Memorial), in dem ebenfalls per und an Kontokorrent die einzelnen Konten zusammengezogen werden. Dann übertragen Sie direkt aus den reinen Büchern ins Hauptbuch. Ich halte es für überflüssig, noch ein Hauptbuch zu führen. Wenn Sie aber grosses Gewicht darauf legen, im Debet und Kredit der Hauptbuchkonten nur je eine Buchung zu haben, so müssen Sie sich den Luxus des Zwischenjournals (denn ein Luxus ist es) eben leisten.

Neumann. Direktor Bastian-Darmstadt bittet mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihre brieflichen Ausführungen nach seiner Ansicht unzutreffend sind. Sie schrieben: „Die Bilanz der Akt.-Ges. für . . . in G. zeigt ebenfalls unter Passiva, Delkredere-Konto, das Verbuchen einer eingegangenen, zweifelhaft gewesenen und bereits abgeschriebenen Forderung. Dieses vermehrte Aktivum wird aber nicht dem Delkredere-Konto zugeschlagen, sondern ganz im Sinne meiner Ausführungen daselbst abgezogen. Ein Vorgang, der meinem Empfinden vollkommen entspricht, da das Delkredere-Konto einen anderen Zweck anzuzeigen hat als der Resere-Fonds, wohin dieser eingegangene Betrag, nach Entlastung des schon einmal belasteten Delkredere-Kontos oder Delkredere-Fonds, übertragen werden kann.“ Darauf kann nur erwidert werden: Geht ein abgeschriebener Betrag nachträglich ein, so ist das ein Gewinn, der natürlich dem Reserve-Fonds oder dem Delkredere-Fonds überwiesen, natürlich auch verteilt werden kann. Sie übersehen aber immer, dass die seinerzeitige Abschreibung die Wirkung eines Verlustes = Gewinnschmälerung gehabt hat! Wurde nicht abgeschrieben, sondern eine Reservestellung gemacht, so dient der nachträgliche Eingang zum Ausgleich des offenen Debetpostens auf dem persönlichen Konto, und der Reserveposten bleibt als echter Reserve-Fonds in der Bilanz. Er kann sich aber nicht verdoppeln bei der Sachlage, die Sie im Plutus erwähnten.

Plutus-Archiv.

Waren des Welthandels.

Gold.[1])

An der Goldproduktion waren in den letzten 10 Jahren die **Hauptländer** in folgenden Mengen beteiligt in (kg):

	Transvaal	Rhodesien	Ver. Staaten	Australien	Russland	Mexiko	Kanada	Brit. Indien
1888	7 170	—	49 920	44 560	35 000	1 460	—	—
1889	11 780	—	49 350	53 950	37 290	1 460	2 250	2 530
1890	15 390	—	49 410	48 870	39 360	—	2 020	3 400
1891	22 670	—	49 920	50 830	34 800	1 500	1 590	4 600
1892	39 440	—	49 650	55 440	42 580	1 700	1 550	5 130
1893	44 100	—	54 080	58 360	43 000	1 930	—	—
1894	60 710	—	59 430	59 950	38 050	—	1 430	5 850
1895	70 520	—	70 130	64 550	36 410	8 980	2 590	7 470
1896	63 000	—	79 880	64 930	32 590	—	4 220	9 130
1897	85 330	—	86 300	78 220	34 980	7 820	9 070	11 970
1898	120 566	—	96 995	97 594	38 319	12 790	20 822	11 709
1899	109 876	—	106 911	119 352	33 357	12 790	32 086	13 029
1900	13 048	—	119 126	110 591	30 315	13 542	41 951	14 197
1901	13 677	—	118 367	115 679	34 385	15 475	36 305	14 138
1902	58 716	—	120 373	122 749	33 907	15 279	32 105	14 428
1903	92 160	6 280	110 731	134 231	37 066	16 066	28 340	17 197
1904	117 500	7 200	121 072	132 060	37 321	18 967	24 770	17 639
1905	152 300	10 800	132 682	129 291	33 542	24 236	21 984	17 981
1906	187 500	16 000	142 001	123 971	29 336	27 889	18 092	18 188
1907	200 626	28 021	136 075	113 870	40 150	28 109	12 614	15 624
1908	218 333	32 225	142 281	110 333	42 209	33 661	14 809	15 947

Die ausserordentlichen **Schwankungen der Produktion** haben ihren Grund in der plötzlichen Entdeckung neuer goldführender Sande, die rasch abgebaut und erschöpft werden, worauf die Produktion wieder abnimmt. Die ruhig steigende Entwicklung der letzten Jahre ist durch den mehr und mehr zunehmenden systematischen Bergbau bedingt. Natürlich kann, trotzdem dieser heute eine überragende Stellung in der Goldgewinnung einnimmt, doch das Auffinden neuer Sande die Produktion wieder stark zum Fluktuieren bringen. —

(Fortsetzung folgt.)

[1]) Siehe Plutus Seite 303, 326, 344, 362 ff.

Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 256 ZPO.

Klage auf Zahlung des noch nicht fälligen Gehalts bei ungerechtfertigter Entlassung. Der Kläger, der behauptet, entlassen worden zu sein, verlangt rückständiges Gehalt und ausserdem Gehalt für April bis Juni. Das Gericht verurteilt die beklagte Firma, 340 ℳ sofort, 200 ℳ am 30. April zu zahlen. Ferner wird durch das Urteil festgestellt, dass sie verpflichtet ist, am 31. Mai und am 30. Juni weitere 200 ℳ zu zahlen, sofern der Kläger nicht eine andere Stellung bekommt. Das Urteil ist am 22. April 1910 verkündet worden (I. Kammer). — Bemerkenswert an der Entscheidung ist, dass die Kammer grundsätzlich daran festhält, ein zu Unrecht entlassener Angestellter könne nicht auf sofortige Zahlung des noch nicht fälligen Gehalts klagen, vielmehr nur Feststellung verlangen, dass der Prinzipal zur Zahlung verpflichtet sei. Der Unterschied ist der, dass aus einem Feststellungurteil nicht vollstreckt werden kann, sondern nur auf Grund eines auf Leistung gehenden Urteils. Merkwürdigerweise erkennt das Urteil für den 30. April auf Leistung, nicht bloss auf Feststellung, obwohl am Urteilstage auch das Aprilgehalt noch nicht fällig war. Insofern ist die Entscheidung inkonsequent. Offenbar hat sich das Gericht von der praktischen Erwägung leiten lassen, dass, ehe das Urteil ausgefertigt und rechtskräftig ist, der 30. April sicherlich herangerückt ist. — Die I. Kammer entscheidet diese Fälle regelmässig anders als die II. Kammer, die stets die Leistungklage zulässt.

§ 208 BGB.

Unterbrechung der Forderung durch Anerkennung. Die Ansprüche des Klägers stammen aus dem Jahre 1907. Die Beklagte wendet daher die Verjährung ein. Demgegenüber behauptet der Kläger, sie sei durch ein Anerkenntnis der Beklagten, das in einem Schreiben vom 8. Januar 1908 ausgesprochen sei, unterbrochen worden. Der Kläger hatte bestimmte Beträge gefordert, denen die Beklagte mit Gegenforderungen entgegentrat. Sie schrieb nun mit Bezug auf diese Differenzen am 8. Januar 1908: „Wir sehen uns genötigt, die erwähnten Beträge einzubehalten. Wenn wir jedoch in die Lage kommen, vorher abzurechnen, so liegt es uns fern, Ihnen Ihr Guthaben einzubehalten.“ Das Gericht erblickt in diesem Schreiben ein Anerkenntnis und verurteilt daher die Beklagte. (Urteil der I. Kammer vom 14. April 1910.) — Die Entscheidung beruht auf § 208 BGB.: „Die Verjährung wird unterbrochen, wenn der Verpflichtete dem Berechtigten gegenüber den Anspruch durch Abschlagszahlung, Zinszahlung, Sicherheitleistung oder in anderer Weise anerkennt.“ Der Beklagte wollte offenbar erklären, dass an sich der Kläger Forderungen habe, dass sie aber teils ihrer Höhe nach noch unbestimmt seien, teils ihnen Gegenforderungen entgegenständen. Vorbehaltlos hat er also die Ansprüche sicher nicht anerkannt, vielmehr die Möglichkeit von Einreden, die sie ganz oder teilweise aufheben könnten, geltend gemacht. Solche Einreden schliessen aber gerade die Anerkennung aus. Die Entscheidung erscheint daher nicht überzeugend.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie. Bericht der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin. Jahrgang 1909, Band I. Berlin 1910, Verlag von Georg Reimers.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. — Der Charakter des deutschen Wirtschaftjahres 1908. — Auswärtige Politik. — Aussen- und Kolonialhandel. — Technische Fortschritte. — Die wirtschaftliche Entwicklung in Berlin und dem Korporationsbezirk. — Wirtschaftliche Entwicklung im Auslande. — Wirksamkeit der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin. — Gesetzgebung und Verwaltung. — Innere Angelegenheiten der Korporation. — Gesetzgebung und Verwaltung im allgemeinen. — Privatrecht und Rechtspflege. — Steuern und Verbrauchsabgaben. — Gewerbeordnung und Verwandtes. — Gesetzgebung gegen Verfälschung. — Patent-, Muster- und Markenschutz. — Ausstellungen. — Masse und Gewichte. — Geldwesen. — Börsenwesen. — Kaufmännische Bildungwesen, Beigaben. — Denkschriften, Petitionen usw. — Aenderungen in Eisenbahntarifen. — Aenderungen in Zolltarifen. — Aenderungen in Verbrauchsabgaben. — Besuch der Berliner Börsenversammlungen. — Anträge auf Ausschluss von den Börsenversammlungen. — Die Schiedsgerichte der Kaufmannschaft von Berlin. — Verzeichnis der Jahre 1909 an der Berliner Börse neu zugelassenen Wertpapiere. — Chronik. — Kurstabelle.

Das Staatsrecht des Grossherzogtums Luxemburg. Von Dr. Eyschen. Band XI des Oeffentlichen Rechts der Gegenwart. Herausgegeben von Jellinek, Laband und Piloty. Preis brosch. 8 ℳ, geb. 10 ℳ. Verlag von I. C. B. Mohr, Tübingen 1910.

Die Zeit von 1795. — Die französische Herrschaft. — Die Vereinigung mit den Niederlanden. — Die belgische Revolution. — Die Selbständigkeit des Landes. — Die Verfassung. — Die Rechtsquellen. — Die rechtliche Natur des Grossherzogtums. — Der allgemeine Charakter der Verfassung. — Die völkerrechtliche Stellung Luxemburgs. — Die natürlichen Grundlagen des Grossherzogtums. — Die Staatsangehörigen. — Das Fremdenrecht. — Das Staatsgebiet. — Die Organisation des Grossherzogtums. — Der Grossherzog. — Die Abgeordnetenkammer. — Die Behörden. — Die Regierung. — Der Staatsrat. — Die Staatsbeamten. — Das Gerichtswesen. — Die Organisation der Justiz. — Die Gerichtsverfassung. — Die Verwaltunggerichte. — Kompetenzkonflikte. — Die Gemeinde-, Staats- und Selbstverwaltung. — Die Gemeindesyndikate. — Die Gesetzgebung. — Das Gesetz. — Die Verordnung. — Das Finanzwesen. — Das Staatsvermögen. — Die Steuern. — Das Budgetrecht. — Das Rechnungwesen. — Die auswärtigen Angelegenheiten. — Die bewaffnete Macht. — Das Polizeiwesen. — Das Armenwesen. — Das Gesundheitwesen. — Die Arbeiterversicherung. — Die Landwirtschaft. — Das Wasserrecht. — Forstwirtschaft. — Jagdrecht. — Fischerei. — Das Bergbauwesen. — Das Patentwesen. — Gewerbe. — Handel. — Wege. — Eisenbahnen. — Post, Telegraphie und Telephonie 180. — Münze 181. — Mass und Gewichte 181. — Kreditwesen 182. — Sparkassenwesen 184. — Bauwesen und Feuerpolizei. — Versicherungwesen. — Staat und Kirche. — Die römisch-katholische Kirche. — Die protestantische Kirchengemeinde. — Die israelitische Religionsgemeinschaft. — Das Unterrichtswesen. — Das Gemeindefinanzwesen. — Das Gemeindevermögen. — Gemeindebudget und Rechnungwesen. — Die Verfassung des Grossherzogtums Luxemburg.

Jahrbuch des Kaufmannsgerichts Berlin. Aufsätze, Entscheidungen, Anträge, Gutachten. Herausgegeben von Max von Schulz, Magistratsrat, Alfred Techow, Magistratsrat, Arthur Liebrecht, Magistratsassessor, Dr. Adolf Neumann, Magistratsassessor, Dr. Hans Depène, Magistratsassessor, Dr. Kurt Gordan, Magistratsassessor. Zweiter Band. Geb. 7,50 *M.* Berlin 1910, Verlag von Franz Vahlen.

Ueber die Konkurrenzklausel. — Das neue Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. — Sofortige Kündigung aus wichtigem Grunde im Sinne der §§ 70, 71, 72 HGB. — Die Verhinderung des Handlungsgehilfen an der Dienstleitung durch Krankheit. — Ausgestaltung des Dienstvertrages im Wege der Rechtsprechung an einigen Beispielen erläutert. — Entscheidungen. — Materielles Recht. — Das kaufmännische Lehr- und Dienstverhältnis. — Antritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- und Lehrverhältnisses. — Inhalt und Aushändigung des Zeugnisses — Leistungen aus dem Dienst- und Lehrverhältnis. — Rückgabe von Sicherheiten, Zeugnissen, Legitimationspapieren oder anderen Gegenständen. — Ansprüche auf Schadensersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung der Vertragsverpflichtung aus dem Dienst- und Lehrverhältnis. — Ansprüche wegen gesetzwidriger oder unrichtiger Eintragungen in Zeugnisse, Krankenkassenbücher oder Quittungkarten der Invalidenversicherung. — Berechnung und Anrechnung der von den Handlunggehilfen oder Handlunglehrlingen zu leistenden Krankenversicherungbeiträge und Eintrittsgelder. — Ansprüche aus der Konkurrenzklausel. — Formelles Recht. — Zuständigkeit des Kaufmannsgerichtes. — Verfahren. — Anträge und Gutachten. — Allgemeines. — Einleitung zu den Anträgen und Gutachten. — Anträge. — Gutachten.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

A.-G. Bazar Poznanski, Posen, 21. 5., 16. 5., 30. 4. ● A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen, Aachen, 28. 5., 24 5., 27. 4. ● A.-G. Breslauer Zoologischer Garten, Breslau, 27. 5., 22. 5., 26. 4. ● A.-G. Deutsche Kognakbrennerei vorm. Gruner & Co., Siegmar, Dresden, 28. 5., 14. 5., 28. 4. ● A.-G. Eisenwerk Kraft zu Stolzenhagen-Kratzwieck, Berlin, 26. 5., 21. 5, 30. 4. ● A.-G. Flora zu Köln-Riehl, 23. 5., 18. 5., 6. 5. ● A.-G. für Gas und Elektrizität, Köln, 27. 5., 22. 5., 2. 5. ● A.-G. Konzertgarten, Berlin, 26. 5., 21. 5., 27. 4. ● A.-G. für Rheinisch-Westfälische Cement-Industrie, Köln, 27. 5., 22. 5., 23. 4. ● A.-G. für Rheinisch-Westfälische Industrie, Köln, 27. 5., 22. 5., 25. 4. ● A.-G. Siegener Dynamit-Fabrik, Köln, 23. 5., 18. 5., 30. 4. ● A.-G. Städtisches Schwimmbad, Friedberg i. Hess., 21. 5., 26. 5., 3. 5. ● A.-G. für Zink-Industrie, Oberhausen, 28. 5., 24. 5., 20. 4. ● Aktien-Zuckerfabrik, Zduny, 28. 5., 24. 5., 4. 5. ● Aktien-Zuckerfabrik, Schladen, 24. 5., 19. 5., 27. 4. ● „Allianz" Vers.-A.-G., Berlin, 24. 5., 19. 5., 29. 4. ● Aërogen A.-G. für Licht und Wasser, Hannover, 23. 5., 18. 5, 28. 4. ● Automat A.-G., Dresden, 24. 5., 20. 5., 2. 5.

Badische A.-G. für Rheinschiffahrt und Seetransport, Mannheim, 28. 5., 23. 5., 4 5. ● Badische Holzwerkzeugfabrik A.-G., Oos b. Baden-Baden, 28. 5., 24. 5., 4. 5. ● Baltische A.-G. für Licht-, Kraft- und Wasserwerke Kiel, Kiel-Gaarden, 21. 5., 16. 5., 30. 4. ● Bayerische Elektrizitätswerke, München, 27. 5., 22. 5., 28. 4. ● Bayerische Krystallglasfabriken A.-G. Ludwigsthal, München, 28. 5., 24. 5., 30. 4. ● Bayerische Syenit- und Marmorindustrie Augsburg-Nordendorf A.-G, Augsburg, 27. 5, 22. 5., 27. 4. ● Berlin-Rixdorfer Terraingesellschaft, Berlin, 24. 5, 19. 5., 28. 4. ● Bochum-Gelsenkirchener Strassenbahnen A.-G., Essen-Ruhr, 24. 5., 19. 5., 4. 5. ● Böhmisches Brauhaus Kommanditges. a. Akt. A. Knoblauch, Berlin, 23. 5., 18. 5., 2. 5. ● Max Brandenburg Berliner Pumpenfabrik A.-G., 27. 5., 22. 5., 6. 5. ● Braunkohlen- und Brikettwerk Berggeist A.-G., Brühl, 27. 5., 22. 5., 30. 4. ● Braunkohlenwerk Golpa-Jessnitz A.-G., Halle a. S., 18. 5., 14. 5., 30. 4. ● Bremer Droschkengesellschaft, Bremen, 20. 5., 16. 5, 30. 4. ● Broich-Speldorfer Wald- und Gartenstadt-A.-G., Mülheim-Ruhr, 23. 5., 18. 5., 23. 4.

„Celle-Wietze", A.-G. für Erdölgewinnung, Hannover, 21. 5., 16. 5., 4. 5 ● Chemische Fabriken Gernsheim-Heubruch A.-G., Mannheim, 27. 5, 22. 5., 18. 4. ● Compañia Sevillana de Electricidad, Sevilla, 28. 5., 24. 5., 27. 4.

Deutsche Afrika-Bank A.-G., Hamburg, 26. 5., 22. 5., 2. 5. ● Deutsche Gussstahlkugel- und Maschinenfabrik A.-G., Schweinfurt a. M., 25. 5., 20. 5., 29. 4. ● Deutsche Kabelwerke A.-G., Boxhagen-Rummelsburg, 23. 5., 18. 5., 19. 4. ● „Deutscher Anker", Pensions- und Lebensvers.-A.-G., Berlin, 24. 5., 18. 5., 30. 4. ● Deutsche Versicherungs-Ges., Bremen, 25. 5., 20. 5., 4. 5. ● Deutsch-Niederländische Telegraphen-Ges. A.-G., Köln, 24. 5., 18. 5., 2. 5. ● Dollfus-Mieg & Co. A.-G., Mülhausen i. E., 26. 5, 22. 5., 4. 5. ● Düsseldorfer Röhrenindustrie, Düsseldorf, 24. 5., 18. 5., 4. 5.

Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co. A.-G., Braunschweig, 24. 5., 18. 5., 28. 4. ● Eisenwerk L. Meyer jr. & Co. A.-G., Harzgerode, 27. 5., 22. 5., 28. 4. ● Elektrizitätswerk Homburg v. d. Höhe A.-G., Frankfurt a. M., 24. 5., 19. 5., 26. 4. ● Elektrizitätswerke Thorn, Berlin, 18. 5., 14. 5., 2. 5. ● Emmericher Handelsdruckerei A.-G., Emmerich, 21. 5., 16. 5., 4. 5.

Fahrzeugfabrik, Eisenach, 27. 5., 23. 5., 25. 4. ● Färberei und chemische Waschanstalt, Karlsruhe, 28. 5., 24. 5., 28. 4. ● Feuer-Assecuranz-Companie von 1877, Hamburg, 26 5., 22. 5., 6. 5. ● Gebr. Fahr A.-G., Pirmasens, 23. 5, 18. 5., 28. 4. ● Frankfurter Lokalbahn A.-G., Frankfurt a. M., 24. 5., 18. 5., 6. 5.

Gas- und Elektrizitätswerke Breisach A.-G., Bremen, 25. 5., 20. 5., 2. 5. ● Gas- u. Elektrizitätswerke Senftenberg N.-L. A.-G., Bremen, 25. 5., 20. 5., 30. 4. ● Gasmotorenfabrik A.-G. Köln-Ehrenfeld, Köln, 28. 5., 24. 5., 4. 5. ● Gaswerk Bönnigheim A.-G., Bönnigheim i. W., 26. 5., 21. 5., 6. 5. ● Gaswerk Brackenheim-Meimsheim A.-G., Brackenheim, 26. 5., 22. 5., 28. 4. ● Gaswerk Lauffen a. N. A.-G., Lauffen a. N., 28. 5., 24. 5., 28. 4. ● Gaswerk Neuenstadt a. K. A.-G., 27. 5., 23. 5., 27. 4. ● Glas-Versicherungs-A.-G. „Halensia", Halle a. S., 23. 5., 18. 5., 2. 5. ● Grossenhainer Webstuhl- und Maschinenfabrik A.-G., Grossenhain, 24. 5., 19. 5., 4. 5. ● Gummi-Werke „Elbe" A.-G. Piesteritz, Hamburg, 17. 5., 12. 5., 2. 5.

Hallesche Bahn- und Terrain-Ges., Berlin, 24. 5., 18. 5., 30. 4. ● Hefftsche Kunstmühle A.-G. in Bammental, Mannheim, 25. 5., 19. 5., 6. 5. ● Herrenmühle vorm. C. Genz A.-G., Heidelberg, 28. 5., 24. 5., 2. 5. ● Hirschberger Thalbahn A.-G., Herischdorf, 24. 5., 19. 5., 16. 4. ● Hoch- und Tiefbau-A.-G., Danzig, 28. 5., 24. 5., 14. 4. ● Holz- und Bauindustrie A.-G., Stolp, 27. 5., 22. 5., 4. 5. ● Holzindustrie Albert Maassen A.-G., Duisburg, 24. 5., 18. 5., 2. 5. ● Hüttenhaus A.-G., Berlin, 20. 5., 16. 5., 4. 5.

Ica A.-G., Dresden, 26 5., 22. 5., 3. 5. ● Inn, A.-G. zu Berlin, 26. 5., 22. 5., 25. 4. ● Internationale Bank in Luxemburg, 24. 5., 20. 5, 15. 4.

Kaliwerke Ummendorf-Eilsleben A.-G., Berlin, 20. 5., 16. 5, 3. 5. ● Kaliwerke Salzdetfurth A.-G., Salzdetfurth, Berlin, 27. 5, 25. 5., 3. 5. ● Kalker Industrie-Ges., Köln, 25. 5., 21. 5., 15. 4. ● Kammgarnwerke A.-G., Eupen, 24. 5., 18. 5., 30. 4. ● Kollmar & Jourdan A.-G., Pforzheim, 28. 5., 24. 5., 6. 5. ● Kölner Tattersall A.-G., Köln, 25. 5., 20. 5., 6. 5. ● Kölnische Unfall-Vers.-A.-G., Köln, 20. 5., 15. 5., 2. 5. ● Kornbrennerei und Presshefefabrik A.-G., Leer, 21. 5., 16. 5., 4. 5. ● Gebr.

Körting A.-G. Linden b. Hannover, Hannover, 28. 5., 24. 5., 30. 4. ● Kunstanstalt Wilh. Hoffmann A.-G., Dresden, 23. 5., 18. 5., 3. 5. ● Kunstdruck- und Verlagsanstalt Wezel & Naumann A.-G., Leipzig, 27. 5., 22. 5., 3. 5.

Lederfabriken C. Diriong A.-G., Schlettstadt i. E., 23. 5, 18. 5., 6. 5. ● Ludwig Lehmann A.-G., Berlin, 28. 5., 23. 5, 6. 5. ● The Leipzig Crystal Palace Comp., Leipzig, 24. 5., 18. 5., 3. 5. ● Liebschützer Dampfziegelei A.-G., Neusalz a. O., 25. 5., 20. 5., 4. 5. ● Linoleumfabrik Maximiliansau a. Rh., 24. 5., 20. 5., 11. 4.

Maschinenfabrik Bruchsal A.-G. vorm. Schnabel & Hennig, Bruchsal, 28. 5., 24. 5., 3. 5. ● Maschinenfabrik für Mühlenbau vorm. C. G. W. Kapler A.-G., Berlin, 23. 5., 18. 5., 28. 4. ● Maschinenfabriken vorm. Gebr. Guttsmann und Breslauer Metallgiesserei A.-G., Breslau, 25. 5., 21. 5., 9. 4. ● Meess & Nees A.-G. für Beton- und Eisenbetonbauten im Hoch- und Tiefbau, Karlsruhe, 28. 5., 24. 5., 2. 5. ● Mechanische Jute-Spinnerei und Weberei, Bonn, 23. 5., 18. 5., 4. 5. ● Merklinder Ziegelei A.-G., Merklinde i. W., 28. 5., 24. 5., 29. 4. ● Mescheriner Zuckerfabrik, Stettin, 23. 5., 18. 5., 30. 4. ● Montan- u. Terrain-A.-G., Berlin, 24. 5., 19. 5., 21. 5. ● Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebr. Seck, Dresden, 21. 5., 16. 5, 2. 5. ● C. & G. Müller Speisefettfabrik A.-G, Berlin, 28. 5., 24. 5., 22. 4. ● Otto Müller A.-G., Berlin, 23. 5., 18. 5., 23. 4.

Norddeutsche Bau-A.-G. vorm. E. & C. Koerner Bütow (Pomm.), Berlin, 27. 5., 22. 5., 6. 5. ● Norddeutsche Braunkohlenwerke A.-G., Braunschweig, 24. 5., 20 5., 22. 4. ● Nord-West-Deutsche Hefe- u. Spritwerke A.-G. Hannover, Hameln, 26. 5, 21. 5., 30. 4. ● Nordische Ofenfabrik und Giesserei A.-G., Flensburg, 28. 5., 24. 5., 19. 4.

Oppelner Warmbadeanstalt A.-G., Oppeln, 25. 5., 21. 5., 30. 4. ● „Orivit", A.-G. für kunstgewerbliche Metallwarenfabrikation, Köln-Braunsfeld, 24. 5., 18. 5., 28. 4.

Papierfabrik Krappitz O.-S. A.-G., Frankfurt a. M., 23. 5., 18. 5., 25. 4. ● Papierfabrik Reisholz A.-G., Kabel i. W., Hagen i. W., 23. 5., 18. 5., 3. 5. ● Pentairgas A.-G., Bremen, 24. 5., 19. 5., 4. 5. ● Pforzheimer Bankverein A.-G., Pforzheim, 25. 5., 21. 5., 4. 5. ● Julius Pintsch A.-G., Berlin, 27. 5., 22. 5., 4. 5. ● Portland-Cementfabrik Saturn Hamburg-Brunsbüttelkoog, Hamburg, 28. 5., 24. 5., 2. 5. ● Prettin-Annaburger Kleinbahn A.-G., Berlin, 26. 5., 21. 5., 30. 4.

Rappoltsweiler Strassenbahn A.-G., Rappoltsweiler, 28. 5., 24. 5., 2. 5. ● Rheinische Dynamitfabrik, Köln, 23. 5., 18. 5., 7. 4. ● Rheinische Wasserwerks-Ges., Köln, 25. 5., 20. 5., 28. 4. ● Rheinisch-Bornesischer Handels-Verein, Barmen, 27. 5., 23. 5., 4. 5. ● Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-A.-G., Köln, 23. 5., 18. 5., 30. 4. ● Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat, Essen-Ruhr, 25. 5., 20. 5., 6. 5. ● Rhenania Vers.-A.-G., Köln a. Rh., 20. 5., 16. 5., 3. 5. ● Ronsdorfer Bank, Ronsdorf, 20. 5., 15. 5., 4. 5. ● Rostocker Aktien-Zuckerfabrik, Rostock, 20. 5, 16. 5., 3. 5 ● Rostocker Terrain-A.-G., Rostock, 21. 5, 16. 5., 3. 5. ● Rübenzuckerfabrik zu Hedwigsburg, Kissenbrück, 19. 5., 14. 5., 4. 5. ● Ruwerschiefer A.-G., Trier, 28. 5, 24. 5., 27. 4.

Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Ges., Dresden, 28. 5, 24. 5., 22. 4. ● Saline Ludwigshalle zu Wimpfen a. Neckar, 18. 5., 13. 5., 4. 5. ● Schiffs- und Maschinenbau-A.-G., Mannheim, 24. 5., 19. 5., 28. 4. ● Schlosschemnitzer Bau-Verein, Chemnitz, 26. 5, 22. 5., 28. 4. ● Schönheider Bürstenfabrik A.-G. vorm. F. L. Lenk, Schönheide, 24. 5, 20. 5, 23. 4. ● Schriftgiesserei D. Stempel A.-G., Frankfurt a. M., 24. 5., 20. 5., 21. 4. ● Schwarzwälder Steingutfabrik A.-G., Hornberg, 23. 5., 18. 5, 6. 5. ● Spar- und Vorschuss-Verein, Elsfleth, 27. 5., 22. 5., 6. 5. ● Speditions- und Lagerhaus-A.-G., Aachen, 28. 5., 24. 5., 4. 4. ● Stahnsdorfer Terrain-A.-G. am Teltowkanal, Berlin, 24. 5., 20. 5., 2. 5. ● Stickereiwerke Plauen A.-G., Plauen, 19. 5., 15. 5., 30. 4. ● Stralauer Glashütte A.-G., Berlin, 21. 5., 16. 5., 3. 5. ● F. W. Strobel A.-G, Chemnitz, 23. 5., 18. 5., 28. 4.

Terrain-A.-G. Park Witzleben, Berlin, 25. 5., 21. 5., 2. 5. ● Tillmannssche Eisenbau-A.-G., Remscheid, 23. 5., 18. 5, 18. 4.

Unger & Hoffmann A.-G., Dresden, 24. 5, 20. 5., 2. 5.

Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken, Berlin, 18. 5., 14. 5., 30. 4. ● Vereinigte Norddeutsche Mineralölwerke A.-G., Berlin, 19. 5., 14. 5., 30. 4. ● Viktoria zu Berlin, Allgem. Vers.-A.-G., Berlin, 28. 5., 24. 5., 25. 4. ● Viktoria Feuer-Vers.-A.-G., Berlin, 28. 5., 24. 5., 23. 4. ● „Vulkan", Maschinenfabriks-A.-G. Berlin NW., Budapest, 14. 5., 9. 5., 30. 4.

Wackerow & Co. A.-G., Breslau, 28. 5., 24. 5., 28. 4. ● Warschau-Wiener Eisenbahn-Gesellschaft, Warschau, 22. 5. (4. 6.), 12. 5. (25. 5.), 2. 5. ● Wegberger Baumwollspinnerei W. May A.-G., Düsseldorf, 28. 5., 24. 5., 3. 5. ● Westfälisches Volksblatt A.-G., Paderborn, 24. 5., 20. 5., 6. 5. ● Westliche Boden-A.-G., Berlin, 27. 5., 22. 5., 3. 5. ● Wittener Hütte A.-G., Witten, 24. 5., 20. 5., 6. 5.

Zuckerfabrik Brühl, Brühl, 27. 5., 22. 5., 2. 5. ● Zuckerfabrik Göttingen, 20. 5., 16. 5., 4. 5. ● Zuckerfabrik Wendessen, 18. 5., 14. 5., 2. 5. ● Zündhütchen- und Patronenfabrik, Prag, 22. 5., 18. 5, 9. 4.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Hermann Zickert in Charlottenburg.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Essener Credit-Anstalt in Essen-Ruhr.

Zweigniederlassungen in: **Altenessen, Bochott, Bochum, Dorsten i. W., Dortmund, Duisburg, D.-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamborn, Herne, Homberg a. Rh., Iserlohn, Lünen a. d. Lippe, Mülheim-Ruhr, Münster i. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Schalke, Wanne, Wesel u. Witten.**

Aktien-Kapital und Reserven Mark 80 000 000. Telegramm-Adresse: **Creditanstalt.** [3006

Fernsprech-Anschluss: **Essen Nr. 12, 194, 195, 431, 535, 607, 611, 612, 742 und 844.**

Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 10. Mai 1910, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Gesucht	Angeboten
Kohlen.		
Alte Haase	1500	1600
Blankenburg	—	2900
Brassert	12400	12700
Carolus Magnus	6925	7025
Constantin der Gr.	42300	42800
Deutschland b. Hassl.	5100	5200
Dorstfeld	13200	13700
Eintracht Tiefbau	7250	7500
Ewald	—	54500
Fr. Vogel & Unverh.	2300	2350
Friedrich der Grosse	24000	25000
Gottessegen	3850	3950
Graf Bismarck	76000	78000
Graf Schwerin	11900	12100
Heinrich	5200	5300
Helene & Amalie	17700	19000
Hermann I/III	3875	3975
Johann Deimelsberg	8475	8575
Kaiser Friedrich	3200	3250

	Gesucht	Angeboten
König Ludwig	30600	—
Königin Elisabeth	23100	23600
Langenbrahm	24700	25300
Lothringen	29100	29600
Mont Cenis	24300	24600
Neuessen Act.	—	470%
Oespel	3675	3750
Schürb. & Charlottbg.	1750	1850
Tremonia	3825	3875
Trier	5800	5900
Unser Fritz	—	29300
Westfalen Anteile	8800	8900
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	—	3050
Clarenbg. Akt. Braunk.	375	380
Elzer Gruben	—	3150
Humboldt	1300	1350
Lucherberg	—	3100
Regiser	3150	3225
Schallmauer, Braunk.	4050	4150
Kali.		
Adler Vorz.-Act.	123%	125%
Adler Stamm-Act.	76%	78%
Alexandershall	11550	11700
Beienrode	6850	6950
Bismarckshall Vorz.-Act.	137%	139%
Bismarckshall Stamm-Act.	—	—
Burbach	15950	16100
Carlsfund	8000	8100
Desdemona	9200	—
Deutsche Kaliwerke Act.	150%	152%
Deutschland, Justenbg.	—	5500
Einigkeit, Fallersl.	7900	8050
Friedrichshall Act.	110%	112%
Glückauf, Sondershausen	19300	19500
Grossherz. v. Sachsen	9100	9200
Günthershall	5850	5950
Hansa Silberberg	4875	4950
Hattorf, Vorzugs-Aktien	128%	130%
Heiligenroda	7100	7200
Heldburg Act.	91%	92%
Heldrungen I u. II	2850	2925
Heringen	3500	3600
Hermann II	4150	4225
Hohenfels	9150	9350
Hohenzollern	6150	6250
Immenrode	6625	6700
Johannashall	4900	5000
Justus Act.	120%	122%
Kaiseroda	10600	10800
Krügershall vollb.	127%	129%
Ludwigsh. vollb. Act.	122%	123%
Neu-Bleicherode	—	—
Neustassfurt	14500	—
Nordhäuser Kali	140%	142%
Ronnenberg Act.	128%	132%
Rossleben	11900	12100
Rothenberg	3075	3150
Sachsen-Weimar	6250	6350
Siegfried I	6500	6600
Siegmundshall Act.	180%	185%
Teutonia	126%	127%
Volkenroda	5575	5650
Walbeck	6400	6600
Wilhelmshall	13700	13950
Wintershall	18700	19000
Erz.		
Apfelbaumer Zug	325	375
Bautenberg	2850	2900
Concordia	1800	1950
Fernie	3350	3450
Henriette	2625	2675
Kuhlenberger Zug	475	525
Louise Brauneisenst.	1950	2000
Neue Hoffnung	400	425
Victoria bei Littfeld	—	—
Wildberg	—	—
Div. Kuxe und Aktien.		
Ver. Flanschenfabr. und Stanzwerke	113%	117%
Rhein. Bergbau	116%	118%
R.-W. Electr.-W. Act.	177%	179%
Düsseldorfer Eisen- und Drahtind. Act.	—	—
Waggonfbr. Uerd. V.-A.	135%	138%
Westdeutsch. Eisenw.	—	190%

Londoner Börsenkurse

(mitgeteilt von [3002

M. Marx & Co.,

Gresham House Old Broad Street, London E.C.)

Filiale Berlin, Unter den Linden 65.

Amerikaner	25. 4.	9. 5.
Atchison	114 5/8	112 7/8
Baltimore and Ohio	113 3/4	112 1/4
Canadian Pacific	186 1/4	191 7/8
Erie Common	29 5/8	29 1/2
Missouri Kans. and Texas	43 1/8	43 1/4
Southern Railway	27 1/2	27 1/4
Southern Pacific	127 7/8	130 3/8
Union Pacific	187 1/8	186 1/4
U. S. Steel Common	84 3/4	85
Grand Trunk Ordy	28 1/8	28 3/4
Minen		
Südafrikaner und Rhod.		
Anglo French Expl.	2 1/16	2 1/16
Cinderella Deep	2 5/8	2 1/2
Chartered	1 25/32	1 23/32
Crown Mines	8 1/2	8 7/16
East Rand Prop.	5 11/32	5 5/16
Geduld	2 5/8	2 15/32
General Mining und Fin.	2 17/32	2 17/32
Goerz & Co.	2 7/32	2 5/32
Goldfields Ordy	6 1/2	6 5/32
Johannesb. Cons. Inv.	13/4	13/4
Kleinfontein New	2 9/16	2 5/16
Knights Central	1 15/16	1 7/8
Langlaagte Estates	2 7/8	2 15/16
Modderfontein	1 27/8	1 23/8
Randfontein	2 13/32	2 3/8
Rand Mines	9 5/16	9 9/32
Rose Deep	4 9/16	4 1/2
Rhodesian Bankets	2 11/16	2 19/32
Robinson Deep	3 11/16	3 13/16
South West Africa	37/0	39,6
Tanganyikas	6 25/32	6 3/4
Witwatersrand Deep	4 13/16	4 3/4
Diamant, Kupfer u. andere		
Anaconda	9 3/16	8 1/2
Associated Gold of W. Aust.	5/8	11,0
Boston Copper	3 3/4	3 5/8
Broken Hill Prop.	36/6	35/6
De Beers Defd.	18 7/16	17 7/8
Esperanza	2 1/2	2 1/2
Golden Horseshoe	6 7/8	6 7/8
Great Fingall Consolidated	5/4	14,0
Kalgurli	6 1/2	6 3/8
Mount Lyell Mining	36,0	31 6
Mount Lyell Consols 7/6 shares 7/0 paid	3/6	3/6
Oroya Brownhill	18/0	17/6
Rio Tinto	75 3/4	72 13/16
Sons of Gwalia	1 27/32	1 27/32
Spassky Copper	3 3/4	3 5/8
Fremde Werte		
Engl. Consols 2½%	80 7/8	81 3/8
Brazilian 4%	89 3/4	90
Colombian 1896	48 3/4	48 1/2
Japanese 4% 1905	96 1/8	96 1/4
Mexican 6%	101 3/4	101 3/4
Peru Ordy	12 1/2	11 3/4
Peru Pref.	39 1/2	38 3/4
Province of Buenos Aires 5%	69 3/8	69 3/8
Venezuela	55 3/4	55 3/4

Entgegen der allgemeinen Erwartung öffnete die Börse heute nach dem Ableben des Königs Edward fest. Einheimische Werte gut erholt. Minenwerte auf Pariser Käufe steigend. Amerikaner über Parität und fest.

Friedrich Wilhelm, Preussische Lebens- und Garantie-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin. Aus dem anliegenden Geschäftsbericht für das Jahr 1909 geht hervor, dass der Zugang über 128 3/4 Mill ℳ betragen hat und der Versicherungsbestand auf 618 Mill. ℳ angewachsen ist. Die Einnahme an Prämien und Zinsen hat 37 433 682 ℳ betragen, das sind gegen das Vorjahr 3 284 636 ℳ mehr. Die Zahlungen aus Versicherungsverpflichtungen betrugen 8 712 553 ℳ (i. V. 7 853 874 ℳ); für vorzeitig aufgelöste Versicherungen wurden 350 907 ℳ (i. V. 306 622 ℳ) vergütet. Die Prämienreserve erhöhte sich auf 123 487 494 ℳ; diesem Betrage stehen als Deckung erststellige Hypotheken und mündelsichere Wertpapiere im Gesamtwerte von 131 461 593 ℳ gegenüber; das Gesamtvermögen der Gesellschaft ist auf 158 672 712 ℳ angewachsen. Der Ueberschuss beträgt 6 356 140,66 ℳ (i. V. 5 399 998,79 ℳ); hiervon werden den am Geschäftsgewinn beteiligten Versicherten 4 589 092,44 ℳ (i. V. 3 783 093,42 ℳ) überwiesen. Besonders hervorzuheben ist die Steigerung des Dividendensatzes von 3% auf 3¼% bei Verband B und die nochmalige Steigerung der D-Dividende um 1% auf 27%; bei Verband A erhalten die Versicherten 23% der Jahresprämie, bei Verband C 25% und bei Verband E die nach den Versicherungsbedingungen geltenden Höchssätze. Die Extrareserven, denen aus dem Ueberschuss 845 852,20 ℳ überwiesen worden sind, stellen sich Ende 1909 auf 5 975 740,63 ℳ, einschliesslich eines Ausgleichsfonds für die Versicherten-Dividende in Höhe von 800 000 ℳ, die Gewinnreserve der Versicherten auf 15 447 658,84 ℳ. Die Aktionäre erhalten 135,— ℳ für jede Aktie, das sind 36% der Einzahlung auf das Grundkapital von 6 Mill. ℳ. Die am 30. April 1910 abgehaltene Generalversammlung der Aktionäre, in der 1116 Aktien vertreten waren, genehmigte den Abschluss für 1909 und die Gewinnverteilung nach den Vorschlägen der Verwaltung und erteilte einstimmig die Entlastung. Die wegen Ablauf der Amtsdauer ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats Franz Prinz von Ratibor und der Kgl. Oberbergrat, Herr Dr. jur. Paul Wachler, sowie Herr Kommerzienrat Moser in Berlin wurden wieder gewählt. Ferner beschloss die Generalversammlung die Ersetzung der Wechselverbindlichkeit der Aktionäre durch neue Bestimmungen über die Nachzahlung und die Aenderung der darauf bezüglichen Paragraphen des Statuts.

PROSPEKT

(Auszug)

Mitteldeutsche Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Ausgabe von

nom. M. 14 000 000 neuer, auf den Inhaber lautender Aktien

Stück 14 000 über je M. 1000 Nr. 28 001—42 000.

Die Aktiengesellschaft in Firma **Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft,** mit dem Sitze in Magdeburg wurde in Gemässheit des Statuts vom 30./31. Mai 1856, bestätigt durch Königliche Kabinettsorder vom 30. Juni desselben Jahres, als Notenbank mit einem Kapital von 1 Million Taler und Berechtigung zur Ausgabe von Banknoten in gleicher Höhe unter der Firma Magdeburger Privat-Bank ins Leben gerufen. Da die Einrichtung eines Handelsregisters in der Provinz Sachsen erst Anfang der 60er Jahre erfolgte, so wurde die Gesellschaft erst am 25. April 1862 handelsregisterlich eingetragen. Das Notenprivilegium erlosch mit dem 1. Januar 1891. Die Aenderung der Firma „Magdeburger Privat-Bank" in „Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft" wurde in der Generalversammlung vom 15. Oktober 1909 beschlossen und am 22. Oktober 1909 in das Handelsregister eingetragen.

Der **Gegenstand** des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten und sich bei anderen Unternehmungen zu beteiligen; ihre **Dauer** ist auf eine bestimmte Zeit nicht beschränkt. Sie besitzt Niederlassungen in Hamburg und Dresden, sowie Zweigniederlassungen in Aken a. E., Barby a. E., Bismark i. A., Burg b. M., Calbe a. S., Chemnitz, Dessau, Egeln, Eilenburg, Eisenach, Eisleben, Erfurt, Finsterwalde N.-L., Frankenhausen, Gardelegen, Genthin, Halberstadt, Halle a. S., Helmstedt, Hersfeld, Hettstedt, Ilversgehofen, Kamenz, Klötze i. A., Langensalza, Leipzig, Lommatzsch, Meissen, Merseburg, Mühlhausen i. Th., Neuhaldensleben, Nordhausen, Oederan, Oschersleben, Osterburg, Osterwiek a. H., Perleberg, Quedlinburg, Sangerhausen, Schönebeck a. E., Schöningen i. Br., Sebnitz, Sondershausen, Stendal, Tangerhütte, Tangermünde, Thale a. H., Torgau, Wanzleben, Weimar, Wernigerode, Wittenberg (Bez. Halle), Wittenberge (Bez. Potsdam), Wolmirstedt, Wurzen.

Das **Grundkapital** von ursprünglich 1 Million Taler beträgt nunmehr **50 000 000 Rk.**, eingeteilt in 16 000 Stück à 1500 M. Nr. 1 bis 16 000 und 26 000 Stück à 1000 M. Nr. 16 001 bis 42 000 auf den Inhaber lautende, untereinander gleichberechtigte vollgezahlte Aktien.

Die neuen Aktien tragen die faksimilierte Unterschrift eines Aufsichtratsmitgliedes und zweier Vorstandsmitglieder sowie die handschriftliche Unterschrift eines Kontrollbeamten; es sind ihnen Dividendenscheine bis einschliesslich 1919 beigegeben. Die Talonsteuer trägt die Gesellschaft.

Die laut Beschluss der Generalversammlung vom 15. Oktober 1909 erfolgte **Kapitalserhöhung um 14 000 000 M.** geschah zum Zwecke der Uebernahme des **Dresdner Bankvereins,** in Gemässheit des mit diesem am 8. Oktober 1909 geschlossenen Vereinigungsvertrags. In dem genannten Vertrag wurde vereinbart, dass der Dresdner Bankverein mit allen Aktiven und Passiven, wie sie sich in der Bilanz per 31. Dezember 1908 stellten, im Wege der Fusion unter Ausschluss der Liquidation auf die Magdeburger Privat-Bank mit Wirkung ab 1. Januar 1909 übergehen sollte. Die Durchführung dieser Kapitalserhöhung ist am 24. November 1909 in das Handelsregister eingetragen worden. Zur Uebernahme waren ausser den neu geschaffenen 14 000 000 M. weitere 3 500 000 M. Aktien erforderlich, welche die Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft käuflich gegen einen Gesamtaufwand von 4 487 106,72 M. entsprechend einem Durchschnittskurse von 128,209 % inkl. Stückzinsen von dritter Seite erwarb.

Das Aktienkapital des Dresdner Bankvereins betrug bei der Gründung im Jahre 1887 2 000 000 M. und wurde nach und nach — zuletzt durch Generalversammlungsbeschluss vom 9. Dezember 1905 um 3 000 000 M. — auf 21 000 000 M. erhöht. Die Aktionäre des Dresdner Bankvereins erhielten für je nom. 6000 M. ihrer Aktien je nom. 5000 M. Aktien der Mitteldeutschen Privat-Bank, Aktiengesellschaft mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1910. Der Dividendenschein pro 1909 des Dresdner Bankvereins wurde von der Mitteldeutschen Privat-Bank, Aktiengesellschaft vereinbarungsgemäss mit 5% eingelöst. Die Bilanz des Dresdner Bankvereins per 31. Dezember 1908 schloss inkl. Vortrag aus 1907 mit einem Gesamtüberschuss von 1 532 696,44 M., nachdem in den Jahren 1906 bis 1908 6, 6 und 5% Dividende verteilt worden sind. Der die Fusion genehmigende Beschluss des Dresdner Bankvereins vom 14. Oktober 1909 ist unterm 19. November 1909 in das Handelsregister von Dresden eingetragen. Die Geschäfte werden unter der Firma „Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft", Dresden, weitergeführt.

Weiter hat die Mitteldeutsche Privat-Bank mit Wirkung ab 1. Januar 1909 den **Vorschuss-Verein zu Hersfeld eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht** in Hersfeld übernommen. In Gemässheit des unterm 5. Juli 1909 geschlossenen und durch Nachtrag vom 9. August 1909 geänderten Vereinigungsvertrages hatte die Mitteldeutsche Privat-Bank als Gesamtübernahmepreis die Gesamtsumme der Geschäftsguthaben aller bis zum 30. Juni 1909 vorhandenen Mitglieder mit 898 516,91 M. zu erlegen. Hierzu kamen 21% Bonifikation sowie 4% Extra-Bonifikation auf diejenigen Geschäftsguthaben, welche bis zum 31. Dezember 1908, und 10% Bonifikation auf die, welche nach diesem Termin bis zum 30. Juni 1909 eingezahlt waren, sowie weiter 6% Zinsen p. a. vom 1. Januar 1909 bis 30. Juni 1909. Einschliesslich sonstigen Aufwandes von 169 299 M. stellt sich der Gesamterwerbspreis für die Mitteldeutsche Privat-Bank auf 1 278 633,69 M. Die Mitteldeutsche Privat-Bank war verpflichtet, den bis zum 31. Dezember 1908 eingetretenen Genossen des Vorschuss-Vereins zu Hersfeld auf deren Wunsch anstatt der Barzahlung für je 1000 M. Geschäftsguthaben 1000 M. ihrer Aktien al pari ausser der oben erwähnten Extra-Bonifikation von 4% zur Verfügung zu stellen. Dabei war der Zukauf von Spitzen zulässig, die unter Zugrundelegung des jeweiligen Tageskurses für Mitteldeutsche Privat-Bank-Aktien gerechnet wurden. Demgemäss sind von dem oben genannten Kaufpreise 421 574,28 M. in Aktien der Mitteldeutschen Privat-Bank bezahlt worden, welche letztere zu einem Kurse von 132,90% inkl. Stückzinsen von dritter Seite erwarb. Gegenüber dem Erwerbspreis des Vorschuss-Vereins zu Hersfeld von 1 278 633,69 M. stellt sich der Bilanzwert des übergegangenen Vermögens nach Berücksichtigung der bis zum 30. Juni 1909 ausgezahlten Geschäftsguthaben von 23 384,51 M. und der neu eingezahlten von 58 224,27 M. auf 1 165 187,08 M.

Der Vorschuss-Verein zu Hersfeld hat in den Jahren 1906/08 je 6% Dividende verteilt. Die Bilanz desselben per 31. Dezember 1908 schloss inkl. Vortrag aus 1907 mit einem Gesamtüberschuss von 76 935,32 M. ab. Der Liquidationsbeschluss vom 2. August 1909 ist unterm 5. August 1909 in das Genossenschaftsregister von Hersfeld eingetragen. Die Geschäfte werden unter der Firma „Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft, Filiale Hersfeld" in Hersfeld weitergeführt.

Die **Bilanz** der Mitteldeutschen Privat-Bank einschliesslich der Aktiva und Passiva des Dresdner Bankvereins und des Vorschuss-Vereins zu Hersfeld e. G. m. b. H. nebst **Gewinn- und Verlust-Konto** per 31. Dezember 1909 lautet:

Bilanz.

Aktiva.		M.	Pf
Kassabestand inkl. Reichsbank-Giro-Guthaben, Sorten und Coupons		11 541 814	94
Guthaben bei Banken, Bankiers und Kommunen		6 625 994	99
Wechselbestand inkl. Devisen		51 870 878	46
Effektenbestand		10 049 121	45
Konsortialbeteiligungen		3 055 998	85
Vorschüsse gegen Waren		22 115 825	08
„ „ Effekten		42 128 804	28
Aval-Debitoren	M. 11 276 414,31		
Sonstige Debitoren:			
gedeckt	M. 51 535 124,57		
blanko	„ 31 155 320,12	*) 82 690 444	69
Gebäude in: Magdeburg, Hamburg, Dresden, Burg, Chemnitz, Eilenburg, Eisenach, Eisleben, Erfurt, Gardelegen, Genthin, Halberstadt, Helmstedt, Hersfeld, Kamenz, Langensalza, Meissen, Merseburg, Mühlhausen, Neuhaldensleben, Nordhausen, Oederan, Osterwieck, Quedlinburg, Sangerhausen, Schönebeck, Stendal, Tangermünde, Torgau, Wernigerode und Wittenberg	M. 6 458 392,09		
ab Hypotheken	„ 1 451 000,—	5 006 492	09
(ausserdem M. 973 000,— Sicherungshypotheken, eingetragen für den Verkehr mit Sparkassen, Kommunen usw.)			
Grundstücke (Dresdner Bankverein)		**) 624 946	61
Inventar inkl. Stahlkammer-Einrichtungen		464 953	11
Dauernde Beteiligungen		8 052 968	08
Vermögen der in 1909 übernommenen Geschäfte:			
Erfurter Bank (Ablauf des Sperrjahres 23. 1. 1910)	M. 3 452 109,20		
Dresdner Bankverein (Ablauf des Sperrjahres 25. 11. 1910)	„ 19 903 779,20		
	M. 23 355 888,40		
		244 228 242	63

Passiva.		M.	Pf
Akienkapital		50 000 000	—
Reservefonds		5 000 000	—
Beamten-Unterstützungs-Fonds inkl. M. 50 000 Paul Blanchert-Stiftung		533 757	45
Akzepte		37 930 671	39
Avale	M. 11 276 414,31		
Rückständige Dividende		2 149	—
Betrag der überhobenen Zinsen		278 375	37
Kreditoren:			
Nostro		6 614 274	95
Loro (davon M. 57 286 164,65 befristet)		140 462 886	70
Einstandspreis der übernommenen Geschäfte	M. 23 355 888,40		
Reingewinn pro 1909		3 406 127	77
		244 228 242	63

*) Nach Abschreibung von 2 000 000 M. aus dem bei der Fusion erzielten Buchgewinn auf Debitoren des Dresdner Bankvereins.

**) Die Differenz gegen das Konto Grundstücke in der Bilanz des Dresdner Bankvereins per 31. Dezember 1908 erklärt sich durch den Verkauf von Grundstücken im Betrage von ca. 300 000 M.

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.		M.	Pf
Handlungsunkosten:			
a) Gehälter, sämtliche Geschäftsunkosten, kontraktliche Tantiemen		3 153 277	35
b) feste Vergütung an den Aufsichtsrat		40 000	—
feste Vergütung an den Lokalausschuss		48 125	65
Transport		3 241 403	00
Transport		3 241 403	00
Tantiemen und Gratifikationen des Dresdner Bankvereins		182 787	10
Steuern		422 717	02
Abschreibungen auf:			
a) Bank-Gebäude-Konto	M. 100 000,—		
b) Inventar-Konto	„ 100 000,—		
c) Konto-Korrent-Konto	„ 165 000,—		
d) 5 % Dividende auf M. 21 000 000 Dresdner Bankverein-Aktien	„ 1 050 000,—	1 415 000	—
Reingewinn pro 1909: *) M. 3 406 127,77, der folgendermassen verteilt worden ist:			
1. Uebertrag auf Reservefonds II	M. 800 000,—		
2. 4 % Dividende auf M. 36 000 000,—	„ 1 440 000,—		
3. Zuweisung z. Beamten-Unterstützungsfonds	„ 16 242,55		
4. Vergütung an den Aufsichtsrat gemäss § 22c der Statuten	„ 68 931,50		
5. 3 % Superdividende auf M. 36 000 000,—	„ 1 080 000,—		
6. Vortrag auf neue Rechnung	„ 953,72	3 406 127	77
		8 668 034	89

Kredit.		M.	Pf
Vortrag		1 026	90
Nicht vorgekommene Dividendenscheine 1903		120	—
Gewinn:			
a) Zinsen inkl. Devisenertrag**)		4 558 350	33
b) Provisionen		3 179 821	99
c) Effekten		890 401	61
d) Sorten und Coupons		38 314	06
		8 668 034	89

*) einschliesslich des vom Dresdner Bankverein erzielten Gewinnes.

**) darunter 495 347,71 Erträgnis aus dauernden Beteiligungen.

Das Konto Dauernde Beteiligungen besteht zum grössten Teil aus dem Besitz an Aktien des Hessischen Bankvereins Aktiengesellschaft in Cassel und der Thüringischen Landesbank Aktiengesellschaft in Weimar. Von dem Hessischen Bankverein Aktiengesellschaft, dessen Kapital 4 000 000 M. beträgt, hat die Mitteldeutsche Privat-Bank die grössere Hälfte. Derselbe brachte für das erste Geschäftsjahr (1908/09) 7 % Dividende auf ein voll eingezahltes Kapital von 2 000 000 M. und ein mit 25 % eingezahltes Kapital von 2 000 000 M. zur Ausschüttung. Die Vollzahlung wurde im Juni 1909 geleistet.

Von der Thüringischen Landesbank Aktiengesellschaft, deren Kapital 3 000 000 M. beträgt, besitzt die Mitteldeutsche Privat-Bank den grössten Teil. Die Thüringische Landesbank Aktiengesellschaft verteilte in den ersten beiden Geschäftsjahren (1908 und 1909) 8 und 9 % Dividende.

Unter den dauernden Beteiligungen der Mitteldeutschen Privat-Bank befinden sich ferner Beteiligungen an anderen Unternehmungen als Banken im Betrage von ca. 1 100 000 M.

Die **Bekanntmachungen** der Gesellschaft erfolgen im „Deutschen Reichsanzeiger“ und „Königlich Preussischen Staatsanzeiger“ und gelten als gehörig erfolgt, wenn sie, sofern das Gesetz nicht mehrmalige Veröffentlichung vorschreibt, einmal veröffentlicht sind. Die Gesellschaft wird die Bekanntmachungen ausserdem in zwei Berliner Zeitungen veröffentlichen.

Der **Aufsichtsrat** besteht aus mindestens neun von der Generalversammlung zu wählenden Personen. Ihre regelmässige Amtszeit dauert fünf Jahre und endet am Schlusse derjenigen Generalversammlung, welche über die Bilanz für das vierte Geschäftsjahr nach der Ernennung beschliesst; das Geschäftsjahr, in welchem die Ernennung erfolgt, wird hierbei nicht mitgerechnet. Kommt in aussergewöhnlicher Weise die Stelle eines Mitgliedes des Aufsichtsrates zur Erledigung, so hat eine Neuwahl erst in der nächsten (ordentlichen) Generalversammlung zu erfolgen, solange der Aufsichtsrat noch aus neun Mit-

gliedern besteht, von denen mindestens drei in Magdeburg wohnen, es sei denn, dass der Aufsichtsrat selbst eine frühere Ergänzung für erforderlich hält. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind berechtigt, ihr Amt nach dreimonatlicher Kündigung niederzulegen. Der Vorstand hat jede Aenderung in den Personen der Mitglieder des Aufsichtsrats unverzüglich bekannt zu machen und die Bekanntmachung zum Handelsregister einzureichen. (Wegen der dem Aufsichtsrat zustehenden Vergütung s. u.)

Gegenwärtig bilden den Aufsichtsrat die Herren: Kommerzienrat M. Dulon, i. Fa. Zuckerraffinerie E. C. Helle, Magdeburg, Vorsitzender; Stadtrat und Handelskammerpräsident Eugen Kaempfert, i. Fa. Ad. Bodenburg Nachf., Halberstadt, stellvertretender Vorsitzender; Kommerzienrat und Stadtverordnetenvorsteher Emanuel Baensch, i. Fa. E. Baensch jun.; Kaufmann Gustav Hubbe, i. Fa. Gustav Hubbe; Rentier Otto Pilet in Magdeburg; Fabrikbesitzer Carl Loss, i. Fa. Friedrich Loss & Co., Wolmirstedt; Kaufmann Friedrich Baur; Bankier Theodor Behrens, i. Fa. L. Behrens & Söhne; Rentier M. F. Hahn; Rentier N. H. P. Schuldt; Kaufmann C. H. L. Strack, i. Fa. Hermann Strack, Hamburg; Bankdirektor a. D. S. Weil, Berlin; Kommerzienrat Rudolf Bierling, i. Fa. Louis Bierling; Kommerzienrat und Konsul H. O. Flössner; Justizrat C. A. Hippe; Stadtrat Dr. C. R. Lotze; Justizrat Dr. Walter Römisch in Dresden; Rentier Gustav Ungar, Erfurt; Bankdirektor a. D. Gustav Burkhard; Stadtrat Ernst Walter, i. Fa. Christoph Walter G. m. b. H., Mühlhausen i. Th.; Rentier Otto Krug; Fabrikant Richard Schencke, i. Fa. Grimm & Steinert und i. F. Wilh. Uhley, Nordhausen; Oekonomierat Gustav Wesche, Raunitz b. Halle a. S.; Rentier Kommerzienrat Dr. jur. Roderich Moritz, Weimar.

Der **Vorstand** besteht aus einem oder mehreren Mitgliedern, die von dem Aufsichtsrat zu gerichtlichem oder notariellem Protokoll ernannt werden. Mitglieder des Vorstandes sind gegenwärtig in Magdeburg die Herren Direktoren Moritz Schultze, Alfred Hommel, Albert Bothe (stellvertretendes Mitglied), Dr. Friedrich Koehler (stellvertretendes Mitglied), in Hamburg die Herren Direktoren Heinrich Wiede, Julius Lewandowsky, Josef Sander (stellvertretendes Mitglied), in Dresden die Herren Louis Ernst und Max Genter und in Halle Richard Schmidt (stellvertretendes Mitglied).

Die **Generalversammlungen** finden in Magdeburg, in Hamburg oder in Dresden statt. Die Berufung erfolgt durch den Aufsichtsrat oder Vorstand mittels Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern mindestens 17 Tage vorher, den Tag der Bekanntmachung und der Versammlung nicht mitgerechnet. Die Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, müssen ihre Aktien, nach näherer Anordnung des Aufsichtsrats, spätestens am dritten Tage vor der Generalversammlung, den Tag der Generalversammlung nicht mitgerechnet, in den üblichen Geschäftsstunden bei den in der Einladung zur Generalversammlung zu bezeichnenden Stellen hinterlegen. Statt der Aktien können auch von der Reichsbank ausgestellte Depotscheine hinterlegt werden. Bei der gesetzlich zugelassenen Hinterlegung bei einem Notar hat es sein Bewenden; notarielle Depotscheine werden nur dann als ordnungsmässig anerkannt, wenn darin die hinterlegten Aktien oder Interimsscheine mit Nummern genau bezeichnet sind, und wenn überdies im Depotschein selbst bescheinigt ist, dass die Aktien bis zum Schlusse der Generalversammlung bei dem Notar in Verwahr bleiben. In der Generalversammlung gewährt jede hinterlegte Aktie in der Weise das Stimmrecht, das auf je 500 M. eine Stimme entfällt. Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb der ersten 4 Monate des Kalenderjahres statt.

Das **Geschäftsjahr** ist das Kalenderjahr. Die Aufstellung der **Bilanz** erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften. Der Ueberschuss der Aktiva über die Passiva bildet den **Reingewinn** der Gesellschaft. Von demselben werden:

a) 5% dem Reservefonds überwiesen, bis dieser den zehnten Teil des Aktienkapitals erreicht oder wieder erreicht hat. Der Aufsichtsrat ist befugt, weitere Reservestellungen in jedem Umfange anzuordnen.

b) Sodann wird auf das Aktienkapital eine Dividende von 4% (vier Prozent) desselben gewährt.

c) Von dem alsdann verbleibenden Betrage erhält der Aufsichtsrat eine Tantieme von 6%. Ausserdem empfängt der Aufsichtsrat eine feste Vergütung von 40 000 M.

d) Der dann noch verbleibende Betrag wird auf das Aktienkapital als weitere Dividende verteilt, soweit er nicht zum Gewinnvortrag bestimmt wird.

Vorträge auf neue Rechnung bleiben im folgenden Geschäftsjahre bei der Berechnung der Dotierung des Reservefonds und der Tantièmen des Vorstandes und des Aufsichtsrates ausser Ansatz. Die dem Vorstand und den Beamten vertragsmässig zustehenden Tantièmen werden als Geschäftsunkosten gebucht.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, in Berlin eine Stelle einzurichten und bekannt zu geben, bei welcher kostenfrei fällige Gewinnanteile und neue Gewinnanteilscheine erhoben, Bezugsrechte ausgeübt, Aktien zur Teilnahme an den Generalversammlungen hinterlegt, sowie alle sonstigen, von der Generalversammlung beschlossenen, die Aktienurkunden betreffenden Massnahmen bewirkt werden können.

Die **Dividende** ist zahlbar ausser bei den Gesellschaftskassen und an den oben genannten Niederlassungen bei der

Deutschen Bank in Berlin,
Berliner Handels-Gesellschaft in Berlin,
Commerz- und Disconto-Bank in Berlin,
Nationalbank für Deutschland in Berlin,

sowie weiteren etwa bekanntgegebenen Stellen. Die Dividendenscheine verjähren innerhalb 4 Jahren von dem auf ihre Fälligkeit folgenden 31. Dezember zugunsten der Gesellschaft.

Die Gesellschaft hat in den letzten Jahren an Dividenden verteilt:

für 1905	. . . .	6%	auf ein Kapital von M. 18 000 000
„ 1906	. . . .	7%	auf ein Kapital von M. 24 000 000
„ 1907	. . . .	7%	auf ein Kapital von M. 27 600 000
„ 1908	. . . .	7%	auf ein Kapital von M. 32 600 000, wovon M. 5 000 000 nur für $^1/_2$ Jahr dividendenberechtigt waren,
„ 1909	. . . .	7%	auf ein Kapital von M. 36 000 000.

Magdeburg, im Mai 1910.

Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft.

Schultze. Hommel.

Auf Grund vorstehenden Prospekts sind

nom. M. 14 000 000 neue auf den Inhaber lautende Aktien

der

Mitteldeutschen Privat-Bank, Aktiengesellschaft

Stück 14 000 über je M. 1000 Nr. 28 001—42 000

zum Handel an der hiesigen Börse zugelassen. 13259

Berlin, im Mai 1910.

Deutsche Bank. Berliner Handels-Gesellschaft.
Commerz- und Disconto-Bank.

Einbanddecken

für den 2. Halbjahrsband 1909 können zum Preise von **M. 1.50** direkt von uns, sowie durch alle Buchhandlungen bezogen werden.

Eine kleine Anzahl **gebundene Halbjahrsbände** halten wir zum Preise von **M. 10.—** für neu hinzutretende Abonnenten zur Verfügung.

Plutus Verlag Berlin W. 62, Kleiststr. 21.

Tarif

für den

Teltowkanal und den Prinz-Friedrich-Leopold-Kanal.

Es sind zu zahlen:

A. an Schiffahrtsabgaben einschliesslich der Schleppgebühren.

I. Für den Durchgangsverkehr.

Bei der jedesmaligen Einfahrt:

1. Von den in Schiffen beförderten Gütern für jede Tonne zu 1000 kg:

in Güterklasse	I	28 Pf.
„ „	II	24 „
„ „	III	20 „
„ „	IV	16 „

mindestens aber die Sätze für leere Schiffe (A. I. 2).

2. Von leeren Schiffen:

bis 150 t	Tragfähigkeit einschliesslich	10 M.
über 150—250 t	„ „	15 „
„ 250—500 t	„ „	20 „
über 500 t	„ „	30 „

je Schiff.

3. Von Flossholz für 1 qm der Oberfläche mit Einschluss des Flottwerks und Wasserraumes:
   a) wenn die Flösse ganz oder teilweise aus vierkantig beschlagenen Hölzern (Quadratholz) oder Balken bestehen . . . . . 12 Pf.
   b) andernfalls . . . . . 10 „
   c) wenn die Flösse in doppelter oder mehrfacher Stammlage gebunden sind, die vorstehend unter a, b zu entrichtenden Abgaben mit einem Zuschlage von 20 vom Hundert.

Anmerkungen:

a) Als Durchgangsverkehr gilt der den ganzen Kanal von der Havel zur Spree oder umgekehrt durchfahrende Verkehr.

b) Für die über preussische Binnen-Wasserstrassen und deutsche Seehäfen aus Oesterreich-Ungarn nach dem Auslande oder in umgekehrter Richtung vom Auslande nach Oesterreich-Ungarn beförderten Durchgangsgüter werden die unter A. I. 1 bezeichneten Abgaben auf die Hälfte ermässigt. Diese Ermässigung erstreckt sich auch auf diejenigen Güter des österreichisch-ungarischen Durchgangsverkehrs, deren Eisenbahnumschlag in Breslau stattfindet. Die Anträge auf Rückgewähr der Hälfte der zunächst voll gezahlten Abgaben sind bei Verlust des Rückvergütungsanspruchs binnen 4 Wochen nach Erstattung der auf die staatlichen Wasserstrassen entfallenden Beträge an die Teltowkanal-Verwaltung in Berlin W. 10, Viktoriastrasse 17, mit den Schiffahrtsanmeldungs- und Ladungsverzeichnissen für Benutzung der Wasserstrassen zwischen Elbe und Oder, sowie mit den Quittungen über die Beträge für Benutzung des Teltowkanals einzureichen.

c) Wird im Durchgangsverkehr der Prinz-Friedrich-Leopold-Kanal bei der Einfahrt oder Ausfahrt benutzt, wozu besondere Genehmigung einzuholen ist, so ist zu den nach A. I. zu berechnenden Abgaben noch ein Zuschlag von 6 M. je Schiff zu entrichten.

d) Leer durchfahrende Personen- und allein durchfahrende Schleppdampfer zahlen, soweit sie zur Fahrt auf dem Teltowkanal zugelassen werden, die Sätze für leere Schiffe (A. I. 2). Schleppdampfer, welche mit besonderer Genehmigung der Kanalverwaltung gleichzeitig mit ihrem Schleppzug den Kanal durchfahren, sind abgabenfrei.

II. Für den Ortsverkehr.

1. Eingangsgüterverkehr.

Von den in Schiffen eingeführten Gütern bei der Einfahrt in den Kanal für jede Tonne zu 1000 kg:

in Güterklasse	I	67 Pf.
„ „	II	62 „
„ „	III	57 „
„ „	IV	52 „
„	Ausnahmegüterklasse	40 „

mindestens aber 10 M.

Zur Ausnahmegüterklasse gehören:

Bordsteine, Bordschwellen, Dachziegel, Erde (nicht Erdfarben, Bimssand usw.), Holzpflasterklötze, Kalk (gebrannter und ungebrannter), Kalksandsteine, Kies, Klinker, Lehm, Mauerschutt, Mauersteine, Mist, Mörtelstoffe, soweit sie nicht in Güterklasse III genannt sind, Müll, Sand, Schlacken, Schlackenkies, Schlackenmehl, Schlackensand, Schlackensteine, Steine (natürliche Bruchsteine), Strassenkehricht, Ton, Tonsteine, Wegebaumaterial, Ziegel, Ziegelmehl, Ziegelsinter und Ziegelsteine.

2. Ausgangsgüterverkehr.

Von den in Schiffen ausgeführten Gütern bei der Ausfahrt aus dem Kanal für jede Tonne zu 1000 kg:

in Güterklasse I bis IV	40 Pf.
„ der Ausnahmegüterklasse . .	30 „

mindestens aber 10 M.

3. Güterverkehr zwischen Orten an den Kanälen.

Von den in Schiffen beförderten Gütern von der Ladestelle bis zur Löschstelle für jede Tonne zu 1000 kg:

in Güterklasse I bis IV	40 Pf.
„ der Ausnahmegüterklasse . .	30 „

mindestens aber 10 M.

4. Leere Schiffe.

Leere Schiffe sind im Ortsverkehr abgabenfrei.

5. Flossholz.

Von Flossholz im Ortsverkehr für 1 qm der Oberfläche mit Einschluss des Flottwerks und Wasserraums die gleichen Sätze wie unter A. I. 3.

Anmerkungen:

a) Als Ortsverkehr gilt der innerhalb des Kanals sich abspielende und der im Kanal endende oder beginnende Verkehr.

b) Bei der Erhebung der Mindestsätze im Ortsverkehr gelangen sämtliche während des Aufenthalts im Kanal zu entrichtenden Schiffahrtsabgaben zur Anrechnung.

B. an Abgaben für die Benutzung der öffentlichen Lösch- und Ladestellen.

I. An Liegegeld.

Von den löschenden oder ladenden oder sonst anlegenden Fahrzeugen, sofern folgende Höchstliegefristen überschritten werden:

bei einem Fahrzeuge mit einer Ladung		in der Zeit vom 15. März bis 14. November Sommer	in der Zeit vom 15. November bis 14. März Winter
bis zu 50 t	einschliesslich	3 Tage	4 Tage
über 50 bis zu 150 t	„	4 „	5 „
„ 150 „ „ 250 t	„	5 „	6 „
„ 250 „ „ 400 t	„	6 „	7 „
über 400 t	„	7 „	8 „

Im Falle der Ueberschreitung betragen die Gebühren für den ersten Tag der Ueberschreitung 2 M., für den zweiten Tag 6 M., für drei Tage 12 M., für jeden folgenden Tag 5 M.

Anmerkung: Bei der Berechnung der Liegefristen werden Sonn- und allgemeine Feiertage nicht gerechnet. Die Liegefrist läuft von dem auf die Beendigung der Schleppfahrt — Abwerfen der Schlepptrosse — folgenden Morgen oder Mittag (12 Uhr) an. Ein Liegetag umfasst den Zeitraum von 24 Stunden, das ist vom Morgen zum Morgen oder vom Mittag bis Mittag.

II. An Krangeld.

Bei Benutzung eines Kranes von je 1000 kg der bewegten Last einschliesslich Bedienung 30 Pf., mindestens jedoch 3 M. für jede Stunde, in welcher der Kran für das Schiff betriebsbereit gehalten wird.

III. An Lagergeld.

Für das Stapeln von Gütern auf den hierzu bestimmten Stapelplätzen für jede 10 qm der benutzten Fläche und für jeden 24stündigen Zeitraum — beginnend mit dem Ende der Liegefrist des ausladenden Schiffes —:

1. in der Zeit vom 1. März bis 14. Dezember 20 Pf.;
2. in der Zeit vom 15. Dezember bis zum letzten Tage des Februars 10 Pf.

C. Zusätzliche Bestimmungen.

1. Als Tarifgrenze gelten die ersten Brücken an den Mündungen der Kanäle.
2. Angefangene Erhebungseinheiten gelten als voll.
3. Die zu erhebenden Abgaben werden auf volle 10 Pf. aufwärts abgerundet.
4. Für die Einteilung der Güter in die Tarifklassen ist das für die fiskalischen Schiffahrtsabgaben auf den Wasserstrassen zwischen Albe und Oder jeweilig geltende Güterverzeichnis massgebend.

D. Befreiungen.

Von sämtlichen durch den vorstehenden Tarif festgesetzten Abgaben, einschliesslich der Schleppgebühren, bleiben befreit:

1. Fahrzeuge und Güter einschliesslich der Flösse, welche dem Könige, dem Staate oder dem Reiche gehören oder ausschliesslich für deren Rechnung befördert werden.
2. Handkähne, die als Anhänge zu grösseren Fahrzeugen gehören und gleichzeitig mit ihnen den Kanal befahren.

Dieser Tarif tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam in Kraft. Mit demselben Tage verliert der bisherige Tarif vom 23. September 1907 seine Geltung.

Berlin, den 16. April 1910.

Der Finanzminister.
Im Auftrage:
gez. Rathjen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.
Im Auftrage:
gez. Peters. [3253]

Veröffentlicht.
Berlin, den 29. April 1910.
Der Landrat des Kreises Teltow.
v. Achenbach.

Friedrich Wilhelm

Preussische Lebens- und Garantie-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu BERLIN.

Aktiva. **Vermögensausweis am 31. Dezember 1909.** **Passiva.**

	Mark	Pf
1. Wechsel der Aktionäre	4 491 000	—
2. Grundbesitz	6 157 822	17
3. Hypotheken	129 518 650	—
4. Wertpapiere	1 952 943	14
5. Darlehen auf Policen	6 398 335	15
6. Guthaben bei Banken usw.	2 454 869	43
7. Gestundete Prämien	3 535 433	83
8. Zinsen und Mieten	1 197 040	60
9. Aussenstände bei Agenten	1 920 430	01
10. Bare Kasse	289 276	01
11. Inventar und Drucksachen	1	—
12. Sonstige Aktiva	766 910	97
	158 672 712	31

	Mark	Pf
1. Aktienkapital	6 000 000	—
2. Reservefonds	600 000	—
3. Prämienreserven	123 487 493	90
4. Prämienüberträge	3 988 475	08
5. Schadenreserven	197 097	45
6. Gewinnreserven der Versicherten	10 858 566	40
7. Sonstige Reserven	4 529 888	43
8. Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen	18 210	50
9. Barkautionen	7 500	—
10. Sonstige Passiva	2 631 339	89
11. Gewinn	6 356 140	66
	158 672 712	31

In der am 30. April 1910 abgehaltenen Generalversammlung wurde die von der Verwaltung beantragte Verteilung des Gewinnes genehmigt. Es erhalten danach die Versicherten des Verbandes

A: 23% der Jahresprämie.
B: 3¼% der Summe der bezahlten Jahresprämien.
C: 25% der Jahresprämie.
D: 27% der Jahresprämie.
E: 2¾ bis 6% der Summe der bezahlten Jahresprämien. (3244)

Gewinn- u. Verlust-Berechnung.

Debet.	M.	Pf
Betriebs- u. Handl.-Unkosten	520 635	71
Zinsen	21 375	—
Abschreibungen	158 267	47
Gewinn	13 755	57
	714 033	75

Kredit.	M.	Pf
Vortrag aus 1908	3 011	54
Erlös d. ges. Anlag.	696 625	97
Verfallene Divid.	70	—
Skonto und Zinsen	14 192	51
Eing. zweifelh. Ford.	133	73
(3257)	714 033	75

Lichtenau, den 31. Dez. 1909.

„Glückauf"
Actiengesellschaft für Braunkohlenverwerthung
Oskar Schatz.

Actien-Gesellschaft für Gas und Elektricität in Köln.

Unter Bezugnahme auf §§ 21 und 22 der Gesellschaftssatzungen ergeht hierdurch an unsere Aktionäre die Einladung zur Teilnahme an der **Freitag, den 27. Mai ds. Js., nachmittags 4 Uhr zu Köln** im Geschäftshause der Gesellschaft, Göbenstrasse 16, erste Etage, stattfindenden **ordentlichen Generalversammlung** mit der **Tagesordnung:**

1. Beschlussfassung über den Geschäftsbericht des Vorstandes, die Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, die Verwendung des Reingewinns, die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Aufsichtsratswahl.

Die Hinterlegung der Aktien hat bei der **Gesellschaft in Köln,** der **Bergisch-Märkischen Bank in Elberfeld und deren Zweiganstalten,** der **Deutschen Bank in Berlin und deren Zweiganstalten,** der **Berliner Handels-Gesellschaft in Berlin** oder bei einem **deutschen Notar** zu erfolgen. [3249

Köln, den 29. April 1910. **Der Vorstand**

Zoologischer Garten Berlin.

Grossartigste Sehenswürdigkeit Berlins.

Reichste Tier-Sammlung des Kontinents.
Originelle Prachtbauten der Tierhäuser.

Täglich Konzert.

Für jedes Archiv

unentbehrlich ist:

Carl Snyder

American Railways as Investments.

Preis 16 Mark.

Zu beziehen von der Sortiments-Abteilung des

Plutus-Verlag
Berlin W. 62, Kleiststr. 21.

Lederfabrik Hirschberg vorm. Heinrich Knoch & Co.

Bilanz am 31. Dezember 1909.

Aktiva.	M.	Pf	M.	Pf
Grundstücke- und Gebäude-Konto:				
Bestand am 1. 1. 1909 . . .	1 819 768	17		
Zugang in 1909	58 204	07		
	1 877 972	24		
·/. 3% Abschreibung	56 339	17	1 821 633	07
Gruben-Konto: Best. am 1. 1. 1909	178 220	51		
Zugang in 1909	11 268	29		
	189 488	80		
·/. 8% Abschreibung	15 159	10	174 329	70
Maschinen- und Kessel-Konto:				
Bestand am 1. 1. 1909 . . .	814 362	89		
Zugang in 1909	409 858	46		
	1 224 221	35		
·/. 10% Abschreibung	122 422	13	1 101 799	22
Gerberei-Kto.: Bestand an in Arbeit befindlichen Häuten am 31. 12. 09			3 900 467	—
Bestand an Rohhäuten am 31. 12. 09			1 410 540	—
Bestand a. fertig. Leder in Hirschberg u. a. d. auswärt. Lagern a. 31. 12. 09			1 820 191	—
Bestand an Gerbstoffen a. 31. 12. 09			1 027 104	—
Best. a. Abfäll. u. Leimled. a. 31. 12. 09			6 060	—
Bestand an Kassa u. Guthaben auf Postscheck-Kto. am 31. 12. 1909			109 445	66
Guthaben b. d. Reichsbank a. 31. 12. 09			37 169	42
Bestand an Wechseln am 31. 12. 09			229 442	40
Bestand an Effekten am 31. 12. 1909			10 000	—
Aussenst. i. Hirschberg a. 31. 12. 09	1 842 024	86		
„ in Berlin am 31. 12. 09	1 797 047	51	3 639 072	37
Filiale Berlin:				
Best. a. Kassa u. Wechs. a. 31. 12. 09	2 965	45		
„ „ Kaufwaren . am 31. 12. 09	1 052	—		
„ „ Utensilien . am 31. 12. 09	1	—	4 018	45
„ „ Wagen, Automobilen etc. u. Pferd. a. 1. 1. 1909 . . .	10 000	—		
Zugang in 1909	49 629	30		
	59 629	30		
Abschreibung pro 1909	34 629	30	25 000	—
Best. a. Baumaterialien a. 31. 12. 09	50 208	—		
„ „ Gerbereimaterial. „ „ „ „	16 820	—		
„ „ Kohlen . . . „ „ „ „	7 740	—		
„ „ Hafer, Heu etc. „ „ „ „	25 507	—		
„ „ Werkz. u. Geräte „ „ „ „	1	—		
„ „ Betriebsmaterial. „ „ „ „	1	—		
„ „ Laborat.-Utensil. „ „ „ „	1	—		
„ „ Mobil. u. Utensil. „ „ „ „	1	—		
„ „ Beleucht.-Material. „ „ „	1	—		
„ „ Planen, Decken, Säcke „ „	1	—	100 281	—
Wohlfahrtseinricht. f. d. Beamten u. Arbeit. d. Lederfabr. G. m. b. H.: Geschäftsant. d. Lederf. a. 31. 12. 09			195 000	—
			15 611 553	29

Passiva.	M.	Pf	M.	Pf
Aktien-Kapital-Konto			4 000 000	—
Obligationen-Konto			1 099 000	—
Reservefonds-Konto			400 000	—
Spezial-Reservefonds-Konto . . .			1 247 498	45
Dividenden-Ergänzungsfonds-Konto			300 000	—
Agio-Konto			32 970	—
Arbeiter-Unterstützungsfonds-Konto			119 322	63
Beamten-Pensionsfonds-Konto . .			112 000	—
Sparkassen-Konto			373 484	25
Obligationszinsen-Konto			12 386	25
Dividenden-Konto			400	—
Akzept-Konto			3 778 705	16
Kreditoren-Konto: div. Kreditoren	1 449 660	20		
„ Debitoren	80 217	94	1 369 442	26
Tratten-Konto			1 772 500	—
Zinsen-Konto			87 636	25
Gew.- u. Verlust-Kto.: Vortr. a. 1908	100 485	93		
Gewinn in 1909	805 722	11	906 208	04
Hiervon auf: Spezial-Reservefds.-K.	100 000	—		
Dividenden-Konto	400 000	—		
Talonsteuer	41 968	—		
Tantièmen-Konto	198 682	55		
Arbeiter-Unterstützungsfds.-K.	15 000	—		
Beamten-Pensionsfonds-Konto	15 000	—		
Vortrag auf 1910	135 557	49		

Gemäss dem Beschluss der am 2. d. Mts. stattgehabten ordentlichen Generalversammlung gelangt eine Dividende von **10%** oder pro Aktie **Mark 100.—** zur Verteilung. Dieselbe kann **von heute ab** gegen Aushändigung des Dividendenscheines **No. 17** bei **unserer Kasse** oder bei den Herren **Marcus Nelken & Sohn, Berlin** und **Breslau,** bei der **Commerz- u. Disconto-Bank, Berlin** und **Hamburg, Dresdner Bank, Frankfurt a. M.,** bei der **Mitteldeutschen Privatbank, Aktiengesellschaft, Hamburg** oder bei der **Vogtländischen Bank** in **Plauen** in Empfang genommen werden.

Hirschberg a. d. Saale, den 2. Mai 1910.

Lederfabrik Hirschberg vorm. Heinrich Knoch & Co.

Knoch. Kern. M. Knoch.

Lebens- u. Pensions-Versicherungs-Gesellschaft

„JANUS“ in Hamburg.

Bilanz ultimo 1909

Aktiva.

Verpflichtungen der Aktionäre . . .	M.	2 475 000.—
Grundbesitz	„	1 428 305.08
Hypotheken	„	50 877 562.10
Darlehen auf Wertpapiere	„	190 000.—
Wertpapiere	„	4 120 585.43
Vorauszahlungen und Darlehen auf Policen	„	4 005 532.42
Reichsbankmässige Wechsel	„	227 522.45
Guthaben bei Bankhäusern sowie bei anderen Versicherungsunternehmungen	„	2 867 242.46
Gestundete Prämien	„	2 429 041.20
Rückständige Zinsen und Mieten . .	„	306 072.15
Ausstände bei Generalagenten bezw. Agenten	„	479 930.67
Barer Kassenbestand	„	44 161.99
Inventar und Drucksachen	„	56 000.—
Sonstige Aktiva	„	168 883.24
	M.	69 675 839.19

Passiva.

Aktienkapital	M.	3 000 000.—
Reservefonds (§ 262 H. G. B.) . .	„	534 133.—
Prämienreserven	„	54 742 721.34
Prämienüberträge	„	3 708 205.70
Reserven für schwebende Versicherungsfälle	„	526 485.40
Gewinnreserven der mit Gewinnanteil Versicherten	„	1 489 663.08
Sonstige Reserven	„	3 831 638.47
Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen	„	220 848.29
Sonstige Passiva	„	365 838.98
Ueberschuss	„	1 256 304.93
3254]	M.	69 675 839.19

Bureau I Berlin, Leipzigerstr. 113
Bureau III Berlin, Kronenstr. 61/63
General-Agent E. Merres, Schöneberg Hauptstr. 115.

(3254) (Nachdruck wird nicht honoriert.)

Martin Jacoby & Co.

Bankgeschäft, Berlin SW., Zimmerstr. 93.

An- und Verkauf von Effekten unter günstigsten Bedingungen.

Einlösung von Coupons und fälligen Dividendenscheinen. [3013

Konto-Korrent- und Depositen-Verkehr.

BERLINER BANKEN

von *Georg Bernhard,* Herausgeber des „Plutus“

Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch den **Plutus-Verlag,** Sortiments-Abteilung,

Hein, Lehmann & Co., Aktiengesellschaft. Eisenkonstruktionen, Brücken- und Signalbau.

Bilanz-Konto.

Aktiva.	M.	Pf
Grundstücks-K.	724 552	02
Baulichkeit.-K.	839 988	27
Maschinen-Kto.	625 548	62
Verzink.-Anl.	1	—
Werkzeug-Kto.	1	—
Handlgs.-Utens.	1	—
Gleis-Anlage-K.	1	—
Modell-Konto	1	—
Fuhrwerks-Kto.	1	—
Kassa-Konto	9 830	40
Wechsel-Konto	45 571	75
Effekten-Konto	271 727	59
Waren-Konto	2 071 973	—
Aval-Debitoren	441 037	08
Debitoren-Kto.	2 223 650	56
	7 253 885	29

Passiva.	M.	Pf
Aktien-Kapital	3 500 000	—
Hypotheken-K.	242 925	41
Aval-Konto	441 037	08
Dividenden-K.	1 520	—
Kreditoren-Kto.	1 304 860	68
Arbeiter-Unterstütz.-Fonds	49 855	68
Delkrederefonds	100 000	—
Extra-Res.-Fds.	140 000	—
Reservefonds-K.	700 000	—
Div.-Ergänz.-F.	250 000	—
Gew.-u.Verl.-K.	523 686	44
	7 253 885	29

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.	M.	Pf
General-Gesch.-u. Betr.-Unk.	1 132 111	46
Hypoth.-Zinsen	10 917	—
Alters-u.Inval.-Vers.-, Krank.-kassen- u. Berufsgenoss.-K.	114 603	17
Debitoren	10 419	19
Abschreib.-Kto.	226 920	52
Bilanz-Konto	523 686	44
	2 018 657	78

Kredit.	M.	Pf
Saldo aus 1908	95 908	52
Gen.-Fabrikat.	1 901 965	32
Grundst.-Verw. Reinickendorf	1 589	20
Zinsen-Konto	19 105	25
Effekten-Konto	89	49
	2 018 657	78

[3245]

Die für das Geschäftsjahr 1909 auf **10%** = **M. 100.—** pro Aktie festgesetzte Dividende gelangt vom **1. Mai cr.** ab bei dem Bankhause **Albert Schappach & Co., Berlin W.,** Markgrafenstr. 48, zur Auszahlung. **Der Vorstand.**

Schreibmaschinen-Arbeiten,

Abschriften, Manuskripte etc. sowie Vervielfältigungen jeder Art werden schnellstens ausgeführt.

Emma Bloch,
S., Alexandrinenstr. 42.

„Union",

Baugesellschaft auf Actien.
Bilanz am 31. Dezember 1909.

Aktiva.	M.	Pf
Grundbesitz und Terrainbeteilg.	2 993 386	24
Wasserleitung Hirschgarten	1	—
Elekt. Zentrale Andreasstr.	42 500	—
Utensilien-Konto	1	—
Baut. i. Ausf. begr.	21 064	41
Kautions-Konto	1 150	—
Hyp.-Amort.-K.	170 339	35
Handst. „Belle-Alliance" Aktien	132 500	—
Einz. a. Gesellsch. Beteiligungen	383 732	50
Einz. a. Grundst. Optionen	16 075	78
Ford. a. Gesellsch.	1 046 096	39
Kons. Grundst.-Geschäfte	1 208 208	92
Hypoth.-Forder.	996 850	—
Debitores	373 455	11
Bankguthaben	382 692	76
Wechsel-Konto	233 813	—
Kassa-Konto	24 096	61
	8 025 963	07

Passiva.	M.	Pf
Akt.-Kapital-K.	6 000 000	—
Reservefonds-K.	803 864	40
Dividend.-Konto	2 535	—
Kautions-Konto	3 425	—
Verpf. a. Kons.-Geschäften	490 000	—
Kreditores	85 481	46
Gew.-Verteil. 8% Dividende	480 000	—
Tantièmen	89 879	20
Vortrag	70 778	01
	8 025 963	07

Gewinn- und Verlust-Konto.

Ausgabe.	M.	Pf
Handl.-Unk.-K.	124 925	98
Steuern	37 629	20
Insertions-Konto	6 495	95
Fuhrw.-Unkost.	30 732	92
Verwalt.-Konto	4 316	07
Arb.-Wohlf.-K.	2 987	52
Abschreibungen	29 153	—
Reingewinn	640 657	21
	876 897	85

Einnahme.	M.	Pf
Vortrag aus 1908	70 161	90
Gewinn	806 735	95
	876 897	85

3251]

Festspiele :: Prologe ::

Tafellieder :: Toaste ::

ernsten und heiteren :: :: :: Inhalts :: :: ::

fertigt in vornehmem und drastischem Genre prompt und gediegen langjähriger Fachmann.

Gefl. Aufträge unter **O.S. 27** an die Expedition des „Plutus" erbeten.

Soeben erschien:

Maier-Rothschild

Handbuch der gesamten Handelswissenschaften

für ältere und jüngere Kaufleute, sowie für Fabrikanten, Gewerbetreibende, Verkehrsbeamte, Anwälte und Richter.

Bis auf die neueste Zeit bearbeitet von

Prof. Dr. J. Fr. Schaer, Prof. Dr. M. Haushofer, Prof. Huber, Prof. H. Giessler, Dr. Landgraf, Dr. Langenscheidt u. A.

100—110. Tausend.

Stark Lexikon-Format. **1040** Seiten.

In elegantem Originalleinenband **Mk. 12.—.**

Erhältlich bei allen Buchhandlungen und der Sortiments-Abteilung des

Plutus-Verlag

Berlin-Charlottenburg, Goethestrasse 69.